

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mt. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Zeile 40 Pfg. Telephon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Freudenquellen.

II.

Frisches klares Quellwasser fließt nicht an der staubigen Landstraße, sondern im schattigen Wiesental, oder auf felsiger Höhe. Meist muß sich der Wanderer den Trunt durch rüftiges Marschieren verdient haben, damit er die Erquickung des sprudelnden Quells empfinde. Alle edlen Freuden wollen „bezahlt“ werden. Sogar die Schönheit der Natur, die sich einem doch „umsonst“ darbietet, genießt jeder nach dem, was er dafür einsetzt. Doch besteht dieser Einsatz, gottlob, nicht in klingender „Münze“, sondern in einer innern Anstrengung.

Wenn es wirklich um eine reine Freude beim sonntäglichen Spaziergange zu tun ist, der schenkt diese Mühe nicht. Zum Naturgenusse, in des Wortes Bedeutung, ist der schlichte, ideal veranlagte Arbeiter befähigter, als der blasierte, überfättigte Vornehme. Leider aber kommen viele, die Sonntags hinaus wandern in Berg und Wald, unbereit zurück, wenn man die realen Vorteile nicht mitrechnet.

Die Schönheit der Natur sieht man nicht immer auf den ersten Blick; darüber dürfen alle begeisterten Ausrufe schwärmerischer Menschen nicht hinwegtäuschen. Die Natur will „geschaut“ sein. Liebevoller, beharrliches Hinwenden, nicht nur des leiblichen, sondern vor allem des inneren Auges auf die Landschaft erschließt erst die Harmonie der edel geschwungenen Bergeslinien, den Zusammenklang der Farben, das wechselnde Spiel des Sonnenlichtes, die verschiedenen Beleuchtungsercheinungen am Morgen und am Abend, bei heiterem und bei wolkenbedecktem Himmel.

Gewiß hat das Wandern von Ort zu Ort seine Reize, wenn es nicht zum Kilometer ablaufen wird. Doch müssen wir uns dazu erziehen, an einem schönen Plätzechen uns stille nieder zu setzen und die Natur zu uns reden zu lassen, statt daß wir ihre leisen Worte mit unserem lauten Plaudern und Scherzen übertönen. Je besser wir ruhen, schauen und schweigen können, um so mehr erfassen wir die jeweilige „Stimmung“ der Natur, um so tiefer erleben wir ihre reinen, edlen Freuden, um so feilich erquickter kehren wir zu unserer täglichen Arbeit zurück.

Drohende Miesenaussperrung.

Der Kampf im Deutschen Seeschiffsbau geht unverändert weiter und wird allem Anschein nach zu einem Miesenkampfauswachen, wie er bisher in Deutschland noch nicht dagewesen ist. In der vorigen Nummer wurde schon mitgeteilt, daß die Metallindustriellen Ende August zu einer eventl. Ausdehnung der Aussperrung auf insgesamt 300 000 Metallarbeiter Stellung nehmen wollten. Zeitungsmeldungen zufolge hat inzwischen diese Stellungnahme schon stattgefunden, worüber folgendes öffentlich bekannt wurde:

„Der Ausschuß des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller hat in einer Sitzung in Berlin einstimmig beschlossen, die Seeschiffswerften in dem Kampf gegen die Forderungen ihrer Arbeiter zu unterstützen. Für die weitere Behandlung der Angelegenheit ist eine besondere Kommission eingesetzt worden.“

Mehr von den gefassten Beschlüssen haben die Führer der Unternehmer nicht verlauten lassen, sie halten ihre Pläne und Taktik geheim. Soviel dürfte aber sicher sein, daß es den Unternehmern mit ihren Aussperrungsdrohungen ernst ist und daß mehrere Hunderttausend Metallarbeiter, die an dem Kampf vollständig unbeteiligt sind, brodblos gemacht werden, wenn nicht bald eine Verständigung auf den Werften gefunden wird.

Das von vielen Stimmen verlangte Eingreifen der Regierung zur Anbahnung einer Verständigung ist bisher nicht zur Tat geworden. Ein Berliner Vertreter der „Neuen Hamburger Nachrichten“ hat im Reichsamt des Innern nachgefragt, wie dieses sich zu einer Vermittlung im Werftarbeiterstreik stelle. Der

Korrespondent gibt nun die Ansicht des Reichsamts des Innern wie folgt wieder:

„Man will gerufen sein. Nach unseren Informationen an zuständiger Stelle ist man durchaus nicht abgeneigt, sich jetzt zur Verfügung zu stellen. Aber man denkt, ungebetene Gäste stellt man vor die Tür. Es wäre deshalb sehr zu empfehlen, wenn die streikenden Parteien um Vermittlung nachsuchen. Wenn sie nicht direkt zusammenkommen wollen, so bietet auch der indirekte Weg Vorteile. Deshalb ist es das einzig Richtige, sie gehen das Reichsamt des Innern um Vermittlung an. Dort ist man gern bereit dazu. Ist der Weg beim Bauarbeiterstreik von Erfolg begleitet gewesen, hier ist er noch verheißungsvoller und einfacher.“

Daß von einer der beiden Kampfparteien die Vermittlung des Reichsamts des Innern beantragt wurde, ist bis heute (27. Aug.) nicht bekannt geworden.

Kurz vor Redaktionsschluß wird durch die Tagespresse bekannt, daß dem „Hamburger Fremdenblatt“ aus Berlin auf Grund zuverlässiger Erkundigung zu dieser Sache weiter gemeldet wird:

„Die Frage kommende Reichsstelle hat tatsächlich mit den beiden kämpfenden Parteien Fühlung genommen. Von direkten Einigungsverhandlungen kann man aber noch nicht sprechen. Ob sich in weiteren Verlauf aus dem jetzigen Stadium der Sachlage solche entwickeln, hängt von der Haltung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbände ab. Kommt es zu keiner Einigung, so trägt jedenfalls die Reichsregierung keine Schuld daran. Die Berliner Neuest. Nachr. schreiben: Das Reichsamt des Innern hat den Versuch gemacht, Vespredungen zwischen den streikenden Werftarbeitern und den Werftdirektionen einzuleiten, die aber ergebnislos verlaufen sind; diese haben es vorläufig abgelehnt, in Verhandlungen mit den streikenden Arbeitern einzutreten.“

Der Kampf geht also weiter. Er hat in der letzten Woche noch insoweit auf bisher unbeteiligte Betriebe übergegriffen, als die Arbeiter verschiedener Werke Streikarbeit verweigerten und die Arbeit niederlegten.

Von unserem christlichen Metallarbeiterverband sind bis jetzt schon annähernd 500 Mitglieder am Kampf beteiligt. Die Zahl wird sich bei einer weiteren Ausdehnung der Aussperrung erheblich vergrößern. Es muß deshalb nochmals auf die verwerfliche Taktik der sozialdemokratischen Verbände hingewiesen werden, die diesen folgen schweren Kampf einseitig in Szene setzten und die nicht-sozialdemokratischen Organisationen mit Ueberhebung ignorieren zu können glauben. Daß dadurch die Geschlossenheit der Arbeiter durchbrochen, insoweit die Arbeiterinteressen aufs schwerste geschädigt werden, kümmert die sozialdemokratischen Führer anscheinend gar nicht. Und sie sollten doch durch die Erfahrung gelernt haben, daß sie schwere Kämpfe ohne oder gar gegen die christlich-organisierten Arbeiter nicht erfolgreich führen können. Schon allein im Hinblick auf die öffentliche Meinung, die niemals so einheitlich auf Seiten der Arbeiter steht, wenn nur sozialdemokratische und keine christlich-nationalen Arbeiter mit in Frage kommen. Das hat sich beim großen Bergarbeiterstreik im Jahre 1905, bei der letzten Bauarbeiterbewegung und noch in vielen andern Fällen mit aller Deutlichkeit gezeigt.

Daraus sollten auch die intoleranten Führer des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes die Lehre ziehen, in Zukunft eine andere Taktik gegenüber unserm christlichen Metallarbeiterverband einzuschlagen. Wenn ihnen die Interessen der Arbeiter höher ständen wie ihre persönliche Herrschaft und ihr politischer Haß, dann hätten sie bisher schon ähnlich wie die sozialdemokratischen Führer im Bergbau, Baugewerbe usw. handeln müssen, bei einem Zusammengehen mit den christlichen Metallarbeitern ermöglichend. Dieses Verhalten der Sozialdemokraten wie die ganze Entwicklung des Kampfes im Seeschiffsbau muß alle Kollegen zur eifrigsten Agitation anspornen. Für unser gesamtes Wirtschaftsleben stehen schwere Erschütterungen bevor. Ueber Hunderttausenden von Arbeiterfamilien hängt das Damoklesschwert der Aussperrung. Diejenigen kurzfristigen Arbeiter, die bisher der Organisation fern geblieben, werden am allerchwersten betroffen. Bei der dies-

jährigen Aussperrung im Industriebezirk Hagen-Schwelm waren unter 23 000 Ausgesperrten ca. 18 000 unorganisierte. Ein Beweis, daß die Unternehmer bei ihren Maßnahmen keinen Unterschied machen und alles auf die Straße setzen, wenn es ihnen zweckdienlich erscheint.

Mögen die unorganisierten christlich gesinnten Metallarbeiter deshalb endlich erwachen und sich dem christlichen Metallarbeiterverband unverzüglich anschließen, um in den bevorstehenden schweren Zeiten einen moralischen und finanziellen Rückhalt zu haben. Die Androhung der Miesenaussperrung muß der Alarmruf für alle noch fernstehenden Kollegen sein, ihrer Arbeitspflicht in der Organisation endlich Genüge zu leisten. Die Kämpfe der letzten Jahre müssen eigentlich auch dem schwerfälligen und denkfaulsten Arbeiter die Augen öffnen. Jeder kleine Streik wird von den Unternehmern mit einer Massenaussperrung beantwortet. In Hagen-Schwelm wurden aus 24 streikenden Formern 23 000 ausgesperrte Metallarbeiter. Die Arbeiter sind heute keinen Tag vor einer persönlichen Aussperrung sicher. Darum heißt es vorbauen, sich bei Zeiten einen sichern Rückhalt verschaffen. Das kann nur geschehen durch Anschluß an die Organisation, durch Beitritt zum christlichen Metallarbeiterverband.

Der erzieherische Wert der Gewerkschaften.

I.

Die Berufsorganisationen der Arbeiter sind die Basis der Solidarität, geschlossen zur gemeinsamen Verteidigung und Eringung bestimmter Kulturideale des Arbeiterstandes. Hilfeleistung nach dem Gegenseitigkeitsprinzip und Einigung zum Erwerb von Vorteilen, die der Gemeinschaft nützen, das sind unstreitig sozialistische Aktionen, die auf ethischer Grundlage ruhen. Die Nächstenliebe, die das Wohl des anderen als eignes erstrebt, ist das Grundgefühl aller Sozialarbeit. Zwar stellen sich die Gewerkschaften der Sozialdemokratie auf ausgesprochen materialistischer Basis und wollen damit ausdrücken, daß im sozialwirtschaftlichen Werdegang ideale, also geistig sittliche Faktoren einflußlos seien. Aber wer wollte leugnen, daß auch ihre Organisationen, besonders die Berufsverbände, der Geist werktätiger Solidarität durchweht! Insofern war ja die Gründung sozialdemokratischer Gewerkschaften fast programmwidrig, denn der korrekte Materialismus lehnt nur eine mechanische Zusammenrottung und Gemaltausübung der durch ökonomische Verhältnisse geschobenen Massen, keine willensfreie Organisation denkender, fühlender Menschen zur Erreichung bewusster sozialer Zwecke. Was Wunder, daß man in Parteien lange Zeit hindurch etwas Heberisches in den Gewerkschaften sah, sobald sie mehr wurden, als bloße Hilfsgruppen der Klassenpartei, nämlich selbsttätige, reformierende Körperschaften mit der eminent ethischen Wirksamkeit von Unterstützungs-, Kampf- und Sozialreformverbänden. Was Wunder auch, daß die Partei heute noch wenig von dem sozialerzieherischen Werte der Berufsverbände wissen will, einmal weil diese an sich mit Mißtrauen betrachtet werden, als bürgerlich ehfisterende Vereinigungen, dann aber auch, weil man an sich laut Programm der Volkserziehung wenig Bedeutung zusprechen mag.

Dessenungeachtet üben die Berufsverbände ihren vergeistigenden und versittlichenden Einfluß auf die Organisierten und zwar so unverkennbar, daß es sogar Feinde der Arbeiterfrage und Leute anerkennen müssen, die ein siegesicheres Emporstreben der Volkseele zu lichten Höhen der Sozialkultur für ihren Monopolbesitz an wirtschaftlicher Macht, Bildung und Geisteskultur zittern macht.

Kürzlich hat selbst die großkapitalistische „Wirtschaftliche Zeitung“ in einem beachtenswerten Rückblick auf den Kampf der Metallarbeiter in Hagen-Schwelm den erzieherischen Wert der Gewerkschaften rückhaltlos anerkennen müssen. Das Blatt weist hin auf die wirtschaftlichen Kämpfe früherer Zeiten, wo es bald regemäßig zu Unruhen, nicht selten sogar zu Blutvergießen kam, während sich gegenwärtig die schweren Mies-

Kämpfe, wie z. B. die diesjährige Auslieferung im Baugewerbe, in größter Ordnung und Ruhe abspielten. Dann schreibt das genannte Unternehmertor gan weiter:

„Diese ruhige Haltung großer Massen ausständiger und ausgesperrter Arbeiter war auch in den letzten Wochen in den Kreisen Hagen und Schwelm zu beobachten. Als die Auslieferung der Gesamtbelegschaft am 1. Juli vorgenommen worden war, kam es in kleineren Orten der dortigen Metallindustrie zu geringen Reibereien und Aufständigkeiten gegen polizeiliche Anordnungen, aber im allgemeinen verhielten sich die Massen der Ausgesperrten sehr ruhig. Als die Einigungsverhandlungen im Hagerer Rathaus im Gange waren, warteten abends tausende Arbeiter auf dem Rathausplatz und den umliegenden Straßen auf den Ausgang, alle in ruhiger Haltung, jede Behinderung des Verkehrs vermeidend. Als nach 10 Uhr der Leiter der Verhandlungen, Regierungspräsident v. Bode, das Rathaus verließ, machten die Arbeiter von selbst eine bequeme Gasse, ebenso den Vertretern der Arbeitgeber; kein Wort, keine Miene verriet die Erregung der Massen. Ebenso war es in den Entscheidungsversammlungen, wo in gehobener Abstimmung die unorganisierten Arbeitnehmer ihr Wort abgaben. Hier nahmen unbeeinträchtigt Vertreter der Arbeitgeber an den Versammlungen teil, und als ihre Anwesenheit bei der Aussprache der Arbeitnehmer erwünscht war und ihnen dies mitgeteilt wurde, konnten sie ohne die geringste Belästigung durch die dichtgedrängten Arbeiterscharen ruhig entfernt werden. Gewährt muß allerdings werden, daß Polizei weit und breit nicht zu sehen war. Auf den, der die früheren Zeiten mit ihren gefährlichen öffentlichen Auftritten mit erlebt hat und jetzt die Ruhe der einen ersten wirtschaftlichen Kampf durchgehenden Arbeitermassen beobachten kann, macht dieser gewaltige Umschwung einen tiefen Eindruck.“

Wir als christliche Gewerkschaften, denen nach ihrer Weltanschauungsgrundlage das Geistig-ideelle am nächsten liegen muß und die sich programmatisch eine planmäßige Sozialerziehung der Volksmassen zum Ziel gesetzt haben, können unbefangenen feststellen, in welcher Richtung sich der ethische Einfluß der Gewerkschaften auf die Arbeiter als Mitglieder und Führer erhoffen läßt.

Unzweifelhaft ändert der gewerkschaftliche Zusammenschluß das Verhältnis des Arbeiters zu seinem Standesgenossen, das die freie Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkte und wohl auch das Beispiel kapitalistischer Rücksichtslosigkeit im Wettbewerb zu einem egoistischen Gemütszustand hat. Man vergleiche das neidisch mißtrauische Wesen eines isoliert stehenden Heimarbeiters oder auch eines unorganisierten Kollegen im Betriebe mit dem Verhalten eines Verbandsmitgliedes. „Ja“, sagt der Unorganisierte, „wir“ der Gewerkschaftler. Seinen Privatvorurteil sucht der Eine, oft unter lieblicher Zurückdrängung des mitleidenden Mitmenschen, Gesamturteil, der auch rückwirkend der seine ist, sucht der Andere. Der Eine verschließt oft Auge und Ohr, vor allem aber den Geldbeutel vor der Not des Arbeitsbruders, der Andere sieht ihn darben und leiden, denkt an eigene Erlebnisse und künftige eigene Unglücksfälle und greift in die spärlich gefüllte Tasche.

Nun ist allerdings das Mitleid ein allgemein menschliches und gerade im Volk häufiges Gefühl. Wandernbe Handwerksburden wissen von der Güte armer Familien meist mehr zu erzählen als von der Großmut der Reichen. Allein beim Unorganisierten sind solche Regungen sehr von der Stimmung abhängig. Ungezügelter Freigebigkeit wechselt oft in wenigen Momenten mit unbarmherzigem Versagen. Es ist etwas Saurenhaftes in diesem Wohlsein, ähnlich wie überhaupt meist bei der Privatcharitas der Einzelperson. Was fehlt, das ist das ethische Grundgefühl, aus dem planmäßige Unterstützung des Mitmenschen als praktische Konsequenz erwächst, die bewußte Liebe des Nächsten als Standesgenossen, die Gewißheit, daß die Uebel im Stande solidarisch von Allen getragen werden müssen und daher auch nur durch gegenseitige Hilfe gehoben und erleichtert werden können.

In der Organisation lernt der Einzelne seines Genossen Sache zur eigenen machen und wird belohnt durch das moralisch hebende Bewußtsein, daß ebenso seine Mitarbeiter ihm helfend zur Seite stehen und ihn vor der Schmach der Preisgabe an unwillige Wohlthäter bewahren werden. Der Gedanke der Organisationshilfe führt zum stolzen Vertrauen auf die Selbsthilfe, die zwar nicht der Einzelne sich beschaffen, die aber die Körperschaft jedem ihrer Glieder ermöglichen kann. Mehr gewerkschaftliche Unterstützungslagen — weniger Bettler — mehr Selbsthilfe des Standes — weniger Entwürdigung und moralische Entartung einzelner Standesgenossen. An die Stelle des Almosenslebens, das meist korrumpierend ist, tritt das Betonen eines solidarischen Rechtsanspruches an die Organisation, deren Hilfe man sich selbst verdient hat. Der Organisierte gewöhnt sich allmählich ab, Wohlthaten ohne vorherige Leistungen zu wollen, wiewohl es noch Mitglieder genug gibt, die von ihrem Verbands unermessliche Unterstützungen und fabelhafte soziale Reformen verlangen, ohne ihm entsprechend geopfert und gebietet zu haben. So rein automatisch, wie es sich der Materialismus denkt, erzeugt eben die Organisationsgemeinschaft nicht soziale Tugenden. Sie dringt wohl jeden zum Erfassen des Machtgedankens und zum Geltendmachen seiner persönlichen Ansprüche dem Ganzen gegenüber, aber der individuelle Opfergeist, der die Vorbereitung allen sozialen Fortschritts ist, ist kein mechanisches Produkt der sozialwirtschaftlichen und damit organisatorischen Verhältnisse, er ist vielmehr Erzeug-

nis willensfreier Tat, ständiger Selbstüberwindung und Sozialhingabe. Deshalb wird auf die Dauer kein materialistisches Gewerkschaftsprinzip sich festhalten können, weil es keine systematische Mitgliedererziehung zuläßt und damit die Organisationen um die menschlichen Voraussetzungen erfolgreichen Wirkens bringt.

Anderer bei geistig-sittlich begründeten Verbänden. Sie arbeiten naturgemäß dahin, ihre Angehörigen zu selbstbewußten Persönlichkeiten zu bilden, die ihrer eigenen Pflicht bewußt, auf die Hilfe der Gesamtheit vertrauen und ein Ideal darin sehen, dieser Gesamtheit hingebend zu dienen.

Eine hochbedeutende Stimme zum Gewerkschafts-freit.

II. (Schluß.)

Zu den Beschuldigungen, welche gegen die christlichen Gewerkschaften erhoben werden, nimmt der Verfasser (Prof. Dr. Mausbach) im einzelnen Stellung.

Die Berliner Richtung behauptet, daß die Begründer der christlichen Gewerkschaften, wenn auch nicht als christliche Denker, so doch „in der Entwicklung ihrer Gewerkschaftstheorie... von dem als verfehlt und unchristlich erwiesenen Prinzip der Gleichstellung von Arbeit und Ware, von Arbeitsvertrag und Kaufvertrag ausgehen. Ware könne nur eine Sache sein; die Arbeit sei keine Sache, sondern eine Tätigkeit, ein persönliches Gut, das durch sittliche Pflichten bestimmt ist und, im echt christlichen Sinne verstanden, einen unendlichen Wert darstellt. Diese letztere Seite der Arbeit ist auch von den Begründern der Richtung M. Gladbach nicht übersehen worden, schon der Name des Vereins Arbeiterwohl zeigt dies, und das anerkannte Verdienst, das ihm an dem Entstehen der Arbeiterhochschule und der geistig-sittlichen Hebung des Arbeiterstandes zukommt. Auch den Arbeitern, die die Gewerkschaftsidee praktisch „entwickeln“, wird niemand zutrauen, daß sie ihre freie Tätigkeit als bloße Sache und Ware betrachten, den Wert ihrer menschlichen Persönlichkeit unterschätzen. Man kann und muß aber die persönlich-sittliche und die wirtschaftliche Seite des Arbeitsverhältnisses unterscheiden; da die Gewerkschaft sich ihrem eigentlichen Zwecke nach auf die Regelung der letzteren beschränkt, liegt in dieser Abstraktion kein Fehler, solange die Superiorität der ersteren nicht geleugnet wird. Auch die Gewerkschaftstätigkeit behandelt die Arbeit nur insofern als Ware, als dieselbe ihr Korrelat im Lohne (Preis) hat; der nun der Kritiker selbst darauf aufmerksam macht, daß die Arbeit als „unendliche Leistung“ einen „unendlichen Wert“ besitzt, so gibt er — bei der „Evidenz“ irdischer Arbeitslöhne — tatsächlich zu, daß der Arbeitsvertrag von diesem höheren Moment absteht und nur den wirtschaftlichen Wert zu fassen sucht. Was der Arbeiter dem Unternehmer gibt, wofür der letztere den Lohn zahlt, das ist nicht das Persönliche der Tätigkeit — dies verbleibt dem Arbeiter — sondern die wirtschaftlich schätzbare Leistung.

Zu den Gesetzen des wirtschaftlichen Verkehrs gehört auch, daß die Schätzung der Arbeit wie die der sachlichen Ware sich in weitem Umfang nach dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage richtet. Die Herrschaft dieses Gesetzes ist jedoch für den einzelnen Lohnarbeiter gegenüber dem Kapital eine so ungünstige — wegen der Eigenart seiner „Ware“, die er weder verschiden noch zurückhalten und verwahren kann, nicht minder wegen der Geldmacht des Unternehmers —, daß sich der Arbeiter von selbst zur Organisation mit den Berufsgegnossen gezwungen sieht, wenn er nicht willenlos und unfrei dem Kapital Gehorsam leisten will. Darin liegt der Grundgedanke der Gewerkschaft.

Die Freiheit, die sich hier als Moment des Arbeitsvertrages darstellt, ist allen Verträgen so wesentlich, daß sich bei diesem Punkte ein Widerspruch aus sozial interessierten Kreisen wohl kaum hervorwagt. Dagegen findet die Berliner Richtung einen „eigenmächtigen“ und verkehrten Gebrauch derselben in den Grundrissen der Gewerkschaften über den Streit und die mit ihm verbundenen Machtkämpfe. Sie selbst erklärt den Streit für erlaubt nur dann, wenn er Notwehr ist, d. h. „wenn die naturrechtlichen Bedingungen im Arbeitsverhältnisse nicht gewährleistet sind“, oder gar, „wenn eine ganz offensichtliche Verletzung unveräußerlicher Rechte vorliegt, welche die Arbeitspflicht selbst bedingen und auf Seiten der Berechtigten zugleich mit sittlichen Pflichten verbunden sind, deren Wahrung oder Preisgabe nicht dem freien Ermessen überlassen ist“ — andere weiter einschränkende Bedingungen usw., mögen hier auf sich beruhen.

Auf dieser Grundlage zieht Prof. Mausbach nachstehende Schlussfolgerungen:

„So, solange der Arbeiter noch eben zu existieren vermag, solange er Rechte, aber keine unveräußerlichen Rechte preisgibt, solange er in seiner Selbstbeschreibung nicht unfittlich wird, darf er nicht am Streit teilnehmen, mögen seine „Wünsche“ nach Besserstellung noch so berechtigt sein. Hier ist allerdings die Analogie von Arbeit und Ware; aber auch die Freiheit der Vertragsschließung gründlich befeitigt; wenn die bisherige Moral, wie die Wirtschaftslehre, für die Wertbemessung ein freies Spiel der Kräfte zwischen der oberen und unteren Grenze des gerechten Preises gestattete, so ist hier dieses Gesetz umgestoßen; jeder organisierte Kampf beschränkt auf das Ziel des Existenzminimums. P. Wiederlad S. 3. hat in überzeugenden Darlegungen nachgewiesen, daß diese Theorie über den Streit der Lehre aller katholischen Moralisten, die den Gegenstand behandeln, widerspricht, daß sie aus einer Verwechslung der berechtigten und der ungerechten Machtanwendung, sowie der Rechts- und Liebespflicht, nicht minder aus einer Ueberspannung der Liebespflicht hervorgeht, daß ihre Vertreter daher kein Recht haben, „auch nur von einem einzigen Arbeiter zu verlangen, er müsse sich nach ihrer Ansicht richten.“

Dieser Abschnitt schließt mit den folgenden Mah-

Die stete Forderung, der Arbeitsvertrag sei nicht als rein privatrechtliche Angelegenheit, sondern als „Funktion der Stände“, die der Staatsgewalt untersteht, zuzuführen, trägt auf keinen Fall den augenblicklichen Verhältnissen Rechnung — denn wo ist die ständische oder staatliche Organisation, die das unabsehbare Gebiet des Wirtschaftslebens autoritativ zu regeln sich untersteht? Sie wäre aber überhaupt nur berechtigt, wenn das stummende, privatrechtliche Wesen des Vertrags und Eigenart der Justitia commutativa (ausgleichende Gerechtigkeit) später einmal zugunsten der Regelung von Ganzen aus wegfallen sollte — dieser Weg führt aber wohl weniger zum Solidarismus als zum Staatssozialismus! Die Ueberleitung des wirtschaftlichen Lohnkampfes in ruhige geordnete Bahnen, eine Verbindung von Macht und Recht, die das Gewalttätige möglichst ausschließt und im Kampfe der Solidarität der Interessen bewirkt bleibt, ist auch das Ziel der Gewerkschaften. Ihre Mittel zur Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen sind mannigfaltige: „gütliche Verhandlungen, Appell an die öffentliche Meinung (Presse, Versammlungen usw.), im äußersten Falle die gemeinsame Arbeitseinstellung, der Streik.“ Durch die gewerkschaftliche Erziehung der Massen; durch die Rücksicht auf drohende Ausstände bei den Unternehmern, vor allem durch die immer weitergreifende Abkündigung von Tarifverträgen, ebnet der auf- und abwogende Kampf mehr und mehr ab zur gesetzmäßigen konstitutionellen Geltendmachung der Interessen.

Das idealistische Entgegenstemmen gegen die große Triebkräfte der Wirtschaftsbewegung gibt nicht die Gewerkschaft über sie in die Hand, am wenigsten dann, wenn man zugleich den gesunden Realismus der katholischen Moral gegen sich hat. Keinesfalls darf eine spätere aufgetretene Richtung der Älteren, auf ihr Recht sich berufend, unchristliche Grundsätze vorwerfen, wenn die Beweise dafür so fragwürdig sind. Wie sehr es notwendig ist, zu den Gesetzen des Wirtschaftslebens und des natürlichen Egoismus, der in ihnen wirkt, die reinigende, erhebende, versöhnende Macht des Uebernatürlichen als höheres Lebensprinzip hinzuzufügen, darüber sind alle Katholiken einig. Möge es gelingen, alle hierfür begeisterten Kräfte zu sammeln und derart zur Stärkung des Glaubens und himmlischen Sinnes, zur Pflege der Liebe, Sittlichkeit und kirchlichen Treue in katholischen Arbeiter- und Standesvereinen aufzubieten, daß der Drang der wirtschaftlichen Selbstbestimmung stets eine christliche Freiheitseinstimmung bleibt!

Leider ist die Hoffnung sehr gering, daß die „Berliner“ Führer die vorstehend ausgesprochenen ernstlichen Mahnungen beherzigen werden. Ihr ganzes bisheriges Verhalten widerpricht dem. Das Urteil des Herrn Professor Dr. Mausbach aber ist für die katholischen Mitglieder und Befürworter der christlichen Gewerkschaften ein erneuter Beweis, daß sie mit ihren wirtschaftlichen Bestrebungen nichts unerlaubtes vertreten, sondern auf dem richtigen Wege sind. Das kann sie in ihrem Vertrauen zur eigenen Sache nur bestärken und zur unermüdbaren Weiterarbeit anspornen.

Gary, die Metropole des amerikanischen Stahltruffs.

Der Stahltruff in den Vereinigten Staaten von Amerika ist wohl das gewaltigste wirtschaftliche Unternehmen der Welt. Allein Andrew Carnegie, dessen Stahlwerke und Hochofen im Jahre 1901 im Stahltruff aufgingen, betam damals für seine Unternehmungen die riesige Summe von rund 2000 Millionen oder zwei Milliarden Mark. Seit dem Anfang dieses Jahrhunderts ist aber die Eisenproduktion in den Vereinigten Staaten abermals ganz bedeutend gestiegen und damit hat auch das Kapital des Stahltruffs zugenommen. Welche riesige Macht der Stahltruff in den Vereinigten Staaten hat, welche Aktionskraft ihm innewohnt, und daß er beinahe ein Staat im Staate ist, zeigt die Gründung von Gary, der künftigen Metropole des amerikanischen Stahltruffs.

In den Vereinigten Staaten liegen Erzlager und Kohlenlager sehr weit auseinander; die Haupterzlager liegen bei Duluth am oberen See, die größten Kohlenlager aber sind bei Pittsburg. Die Entfernung zwischen diesen beiden Orten beträgt mehr als 2000 Kilometer. Das ist ungefähr die anderthalbfache Entfernung von Berlin nach Paris. Auf eine solche Entfernung mußte also das Erz herangeholt werden. Da aber bei dem Transport auf dem größten Teil der Strecke der billige Wasserweg auf den sogenannten großen Seen, zu denen auch der obere See gehört, eingeschlagen werden konnte, so blieben die Transportkosten immerhin verhältnismäßig niedrig; dies um so mehr, als auf diesen großen Seen eine besondere Erzdampferflotte geschaffen wurde, die riesige Massen Erz verfrachten konnte und bei deren Schaffung die raffiniertesten technischen Einrichtungen angewendet wurden. Nach und nach wurden die Einrichtungen bei dieser Erzdampferflotte so vervollkommen, daß ein Dampfer mit 7000 Tonnen Ladefähigkeit in 4 Stunden vollständig beladen werden kann. So hat das weite Ausmaß der Eisenproduktion von Erz und Kohlen nicht verhindert, daß die Vereinigten Staaten innerhalb von drei Jahrzehnten zu einem Eisenproduktionsland wurden, das alle anderen Länder mit Eisenproduktion, einschließlich Großbritannien und Deutschland, weit hinter sich ließ. Die Eisenproduktionsstätten in den Vereinigten Staaten liegen hauptsächlich im Nordosten des weitgebreiteten Reiches. Seit mehr als einem Jahrzehnt aber

verleiht sich die Durchführung der Vereinigten Staaten immer mehr nach dem Westen zu, besonders der „Mittelwesten“ mit Chicago als Zentralpunkt, machte hinsichtlich der Bevölkerungsvermehrung und des Reichtums große Fortschritte. Damit wuchs in diesen Bezirken auch der Bedarf an Eisen in riesigem Umfang und für den Stahltrakt entstand die Frage, ob es nicht zweckmäßiger sei, statt zuerst das Erz aus diesen Bezirken nach Pittsburg zu führen und dann als Fertigprodukt wieder auf weite Entfernungen nach dem Westen zu transportieren, lieber in nicht allzu großer Entfernung von den Erzlagern wenigstens das Eisen herzustellen, das in diesen westlich gelegenen Gegenden gebraucht wird. Vor ungefähr sechs Jahren haben sich die Trustherren, an der Spitze der Geschäftsführer des Trusts, Gary, dafür entschlossen, auch im mittleren Westen Eisenhütten zu errichten. Wie aber dieser Entschluß ausgeführt worden ist, das ist so recht amerikanisch, so den riesigen Mitteln und der Macht des Stahltrusts angemessen, daß es etwas näher berichtet zu werden verdient.

Der Stahltrust beschloß nicht etwa, mit ein paar mäßig großen Eisenhütten den Anfang zu machen und dann nach und nach eine Vergrößerung dieser Werke vorzunehmen, sondern er beschloß sofort Werke zu schaffen, wie sie nach dem Umfang und nach der Vollkommenheit der technischen Einrichtungen selbst in Nordamerika nirgends existieren. Auch nicht an irgend einem bereits bestehenden Orte sollten diese Werke errichtet, sondern es sollte eine ganz neue Stadt gegründet werden. Dazu ward ein günstig gelegener Platz am Michigan-See, etwa 25 Kilometer südlich von Chicago an der Eisenbahnlinie, zu Ehren des Geschäftsführers des Trusts sollte diese Stadt Gary heißen.

Kaum daß dieser Beschluß gefaßt war, so begann auch schon die Arbeit. Direktoren, Ingenieure und Vermessungsbeamte kamen, um die Plätze für die geplanten industriellen Werke, für den Hafen, für die Eisenbahnen und für die Wohnviertel der Beamten und Arbeiter abzuleiten. Ihnen folgten große Scharen von Arbeitern, und so entstand in verhältnismäßig kurzer Zeit eine ganz eigenartige Stadt, Gary, die künftige Metropole des Stahltrusts. Die nördliche, dem Michigan-See zugewandte Seite, ist für die industriellen und für die Verkehrs-Anlagen bestimmt, im Süden wurden die Wohnviertel eingerichtet. Für die eigentlichen Werke, für die Verkehrsanlagen und für den Landwerb hat der Stahltrust bereits mehr als 300 Millionen Mark ausgegeben und doch ist das, was schon fertiggestellt ist, geringfügig zu dem, was noch errichtet werden soll. Bisher arbeiten in Gary ungefähr 25 000 Arbeiter und dort, wo noch vor fünf Jahren eine Sandwüste war, wohnen jetzt gegen 100 000 Menschen. Jetzt wird aber schon damit gerechnet, daß Gary in etwa weiteren fünf Jahren das fünffache der Arbeiter- und Einwohnerzahl haben wird. Allein auf der Fläche, die der Trust von seinem angekauften Land als Wohnviertel bestimmt hat, können gegen 300 000 Menschen wohnen und nicht etwa in Mietkasernen, sondern in Einfamilienhäusern, von denen jedes sein Gärtchen hat. Die Werke des Trusts in Gary sind vom Größten bis zum Kleinsten ein technisches Meisterwerk. Überall, wo die Arbeit des Menschen durch Maschinen und technische Vorrichtungen ausgeschaltet werden kann, ist dies geschehen. Von der Entladung des Erzes bis zur Herstellung des Fertigfabrikates scheint sich alles allein zu regeln.

Wie aber der Stahltrust in Gary Werke geschaffen hat und noch schaffen wird, wie sie in gleicher technischer Vollendung, in der Grobheit der Anlage und in der Leistungsfähigkeit nirgends mehr existieren, wie er hier eine Großstadt gleichsam aus dem Boden gezaubert hat, für deren Entstehungsweise sich auch bisher in Nordamerika noch kein Beispiel finden läßt, so hat aber hier auch der Stahltrust einen Einfluß und eine Macht gewonnen, wie sie eine einzelne Gesellschaft noch niemals auf eine Großstadt, die vielleicht schon in fünf Jahren eine Halbmillionenstadt sein wird, ausgeübt hat.

So wird Gary nicht nur die Metropole, sondern auch die Zwingburg des Stahltrusts werden, die Stadt, in der fast alle Einwohner vom Stahltrust und seinen Tochtergesellschaften abhängig sind. Nicht nur die eigenen Angestellten und Arbeiter, auch alle anderen Bürger von Gary, Ärzte, Rechtsanwälte, Pastoren, Zeitungsbesitzer und Redakteure, Kaufleute, Wirte usw., alle, alle werden die Macht der Trustherren zu fühlen bekommen. Keiner, der irgend auf einen Verdienst in Gary angewiesen ist, wird sich halten können, wenn er es mit den Trustherren verdirbt. Eine Ordre aus dem Zentralbüro des Herrn Gary kann die Existenz vieler Bürger der Stadt Gary vernichten. Gary liegt im Staate Indiana und bei der Auswahl des Ortes ist vielleicht die Zugehörigkeit zu diesem Staate mit ausschlaggebend gewesen, denn in Indiana sind sozialpolitische Gesetze noch so gut wie unbekannt. Noch mehr als in manchen anderen Städten kann hier der Stahltrust seine „Herrenrechte“ geltend machen, kann er —

drahtig ausgedrückt — mit Peitsche und auch ein wenig Zügel regieren.

Alle Lebensverhältnisse der Bewohner und alle Einrichtungen des Trusts gestalten eine leichte Beherrschung der angelammelten Massen. Zunächst hat der Trust die Laktill angewandt, möglichst viele Arbeiter aus den verschiedensten Völkern, die sich in der Landessprache garricht oder nur sehr schwer verständlich machen können, nach Gary heranzuziehen. Überall, wo einheimische und intelligente Arbeiter nicht unbedingt verwendet werden müssen, hat er kulturell tiefer stehende Arbeiter eingestellt; Polen, Gallier, Italiener, Slovaken, Tschechen, Ungarn. Von diesen Arbeitern ist keine Auflehnung gegen die Herrschaft des Trusts zu erwarten, sondern es sind höchstens Straßen- und Mietskauerzesse zu befürchten. Zur Unterdrückung verachteter tumultuöser Vorkommnisse ist aber eine eigene straff organisierte Polizei geschaffen worden, die Polizei des Trusts und die Selbstgarde der Trustgewaltigen. Die meisten Arbeiter wohnen in sehr geräumigen Häusern einer Tochtergesellschaft des Trusts, sie können aber jeden Tag hinausgeworfen werden, denn wenn sie vom Trust entlassen werden, müssen sie auch sofort die Wohnung räumen. Die geringste Differenz mit einem Vorgesetzten kann für den Arbeiter nicht nur sofortige Entlassung aus dem Arbeitsverhältnis, sondern auch sofortige Obdachlosigkeit bringen. Der Arbeiter kann sich auch ein Häuschen vom Trust kaufen, aber dann ist er womöglich noch schlechter dran, denn dann wird ihm sogar das Fortwandern erschwert, wenn der Trust auf seine Arbeitskraft verzichtet.

Wie despotisch der Trust in Gary herrscht, zeigt die Bestimmung in den Pachtverträgen, wonach Wirte in ihren Lokalen, unter keinen Umständen Versammlungen von Arbeiterverbänden zulassen dürfen. Der Trust hat aber auch die Nachmittage, Versammlungen unter freiem Himmel zu verhindern und sollte wirklich einmal eine solche Versammlung zustande kommen, so würden die Teilnehmer, soweit deren Namen zur Kenntnis der Trustherren kommen, gewiß mit sofortiger Entlassung bestraft werden.

Es wird interessant sein, zu beobachten, wie sich Gary, die Metropole des Stahltrusts, entwickeln wird; aber auch, wie sich die Arbeiter mit den Geschäftsgehilfen des Stahltrusts abfinden werden und ob die amerikanische Gesetzgebung nicht doch bald dahin gelangt, den Trusts in der Ausbeutung der Arbeiter und der Konsumenten Beschränkungen aufzuerlegen. A. M. Berlin.

Der Arbeitsmarkt in der Metallindustrie.

Monat Juli 1910.

Metall- und Maschinenindustrie.

Die Hoheisenherzeugung war nach einem Bericht aus Bayern normal beschäftigt.

Was den Geschäftsgang der Stahl- und Walzwerke betrifft, so hielt sich nach dem Berichte des Stahlwerkverbandes die Beschäftigung der Verbandswerke ungefähr im Umfang des Vormonats; der Versand (393 799 Tonnen) war 54 000 Tonnen niedriger als im Juni. Gegenüber Juli 1909 war die Beschäftigung beinahe die gleiche, der Versand 4000 Tonnen geringer. Das Angebot an Arbeitskräften deckte die Mehrzahl der Berichte zufolge die Nachfrage.

Die Eisengießereien hatten im allgemeinen gut zu tun, vielfach ergab sich nach Beendigung der Bauarbeiterausperrung eine Verbesserung. Im allgemeinen war das Arbeiterangebot normal; stellenweise, so in einem großen Betriebe Sachsens, blieb das Angebot hinter dem Bedarfe zurück.

Die Drahtindustrie war im wesentlichen noch nicht ausreichend mit Arbeit versehen, wenn sich auch nach Aufhebung der Bauarbeiterausperrung an manchen Orten eine Belebung bemerkbar machte. Aus einem Düsseldorf Großbetriebe wird ein Ueberangebot an Arbeitskräften berichtet, sonst war das Angebot normal.

In der Kleinisenindustrie blieben nach einem Bericht aus Breslau die Verkaufspreise andauernd ungünstig.

In der Nürnberger Blech- und Metallwarenfabrikation blieb, soweit Haus- und Küchengeräte, Blech-, Lackier- und Metallwaren in Betracht kommen, die Lage im allgemeinen gut und besser als im Vorjahre zu gleicher Zeit. Das Angebot an Arbeitskräften deckte die Nachfrage.

Der allgemeine Maschinenbau meldete fast durchweg einen befriedigenden Geschäftsgang, der häufig besser war als in der gleichen Zeit des Vorjahrs. Der Bedarf an Arbeitskräften konnte bei normalem Angebot fast durchweg gedeckt werden.

In der Herstellung von Dampfmaschinen, Armaturen usw. gestaltete sich die Lage gleichfalls zufriedenstellend, sie war, wenn nicht besser, mindestens gerade so gut wie im Vorjahre zu gleicher Zeit. Ein großer Betrieb Mitteldeutschlands berichtet über ein Ueberangebot an Arbeitskräften.

Die Lage im Eisenkonstruktionsbau wird wie im Vormonate nicht einheitlich beurteilt. Sie war teilweise wenig befriedigend. Stellenweise wird darüber geklagt, daß neue größere Bestellungen

nicht zu erlangen waren. Arbeitskräfte boten sich im allgemeinen in genügender Anzahl an.

Sowohl Berichte aus den Betrieben, die Hebezeuge und Transportanlagen herstellen, vorliegen, war die Beschäftigung befriedigend.

Die Herstellung von Maschinen für die Textilindustrie war befriedigend mit Aufträgen versehen; die Lage wird vielfach besser beurteilt als im Vorjahre zu gleicher Zeit. Insbesondere im Barmer Bezirke machte sich Arbeitermangel fühlbar.

Die Industrie für landwirtschaftliche Maschinen hatte mit Rücksicht auf den guten Stand der Ernte vor allem in Norddeutschland gut zu tun, die Lage war nach einer Reihe von Berichten besser als im Vorjahre zu gleicher Zeit. In Süddeutschland zeigt sich stellenweise ein Mehrangebot von Arbeitern.

Die Betriebe, die maschinelle Einrichtungen für Bergwerke herstellen, hatten vielfach eine Verbesserung im Vergleiche zum Vormonate aufzuweisen.

Im Lokomotivbau blieb die Lage nach der Mehrzahl der Berichte immer noch befriedigend, wenn auch häufig nicht mehr so gut wie im Vorjahre. Stellenweise, so in München, in Königsberg i. Pr., in Berlin trat ein Ueberangebot von Arbeitskräften zu Tage.

In der Automobilindustrie wird der Geschäftsgang nach der Mehrzahl der Berichte als gut bezeichnet. Ein Großbetrieb in der Nähe Berlins berichtet ein Ueberangebot von Arbeitskräften.

Der Eisenbahnwagenbau war fast durchweg nicht ausreichend mit Aufträgen versehen, der Geschäftsgang war vielfach schlechter als im Vorjahre zu gleicher Zeit. Einige schlesische Betriebe melden ein Ueberangebot an Arbeitskräften.

Bei den an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Betriebskrankenkassen aus der Hütten-, Metallverarbeitungs- und Maschinenindustrie, die 558 693 männlichen und 36 427 weibliche Mitglieder umfassen, ergab sich eine Zunahme von 3978 männlichen und 727 weiblichen versicherungspflichtigen Mitgliedern abzüglich der Kranken; die Zunahme entfällt in erster Linie auf Rheinland und Westfalen. Bei den gleichfalls berichtenden Innungskrankenkassen der Metallverarbeitung und Maschinenindustrie, die 12 473 männliche und 213 weibliche Mitglieder umfassen, ergab sich kaum eine Veränderung (— 57 männliche, + 6 weibliche).

Elektrische Industrie.

Die Industrie für Dynamomaschinen, Elektromotoren usw. berichtet über einen guten Beschäftigungszustand. Das Angebot von Arbeitskräften deckte im allgemeinen die Nachfrage.

Die Kabelwerke hatten durchweg gut zu tun, zum Teil war Ueberarbeit erforderlich. In einem Betriebe Westdeutschlands war nur ein reichliches Arbeiterangebot vorhanden.

Die Werke für Isoliermaterialien waren gleichfalls ausreichend mit Aufträgen versehen. Daselbst gilt für die Herstellung elektrischer Beleuchtungsartikel.

Soweit Berichte aus der Fabrikation von Fernsprechapparaten vorliegen, war die Lage zufriedenstellend. In einem Betriebe Groß-Berlins herrschte ein Ueberangebot an Arbeitern. Der Geschäftsgang in der Industrie elektrischer und galvanischer Rohlen war gemäß einem Bericht aus Bayern erheblich ungünstiger als im Vormonate.

Die Industrie für elektro-medizinische Apparate hatte hingegen, gleichfalls nach einem Bericht aus Bayern, gut zu tun.

Aus der elektrischen Industrie liegen die Berichte der Betriebskrankenkassen mit 41 802 männlichen und 10 527 weiblichen Mitgliedern vor; hier hat sich während des Monats Juli die Zahl der männlichen versicherungspflichtigen ohne Kranke um 1226, die der weiblichen um 411 vermehrt.

(Reichsarbeitsblatt.)

Ein lehrreicher Geschäftsbericht.

Zu dem gleichlautenden Artikel in der vorletzten Nummer (34) unseres Verbandsorgans erhalten wir von der Direktion der Maximilianshütte (Zentrale Rosenbergl, Oberpfalz) folgende Berichtigung:

Eisenwerk-Gesellschaft
Maximilians-Hütte
Zentrale Rosenbergl.

Rosenbergl, Oberpfalz (Bayern), den 22. Aug.
Post-, Bahn- und Telegraphenstation.
Telephon-Anschluß: Sulzbach i. D. Nr. 10.

An die

Redaktion des „Deutschen Metallarbeiter“,
Duisburg a. Rh.

In der Nummer 34 des „Deutschen Metallarbeiter“ vom 20. d. sind 2 Artikel enthalten über unsere Lohnverhältnisse, in welchen u. a. ausgeführt ist, daß der Durchschnittslohn pro 1908 nur M. 911 betragen habe. Diese Mitteilung stützt sich auf eine Angabe des Generaldirektors der harrischen hüttenwerke im Landtag, wonach der Durchschnittslohn eines Hüttenarbeiters des Amberger Werks im Jahre 1908 M. 1076 gegenüber einem großen bayerischen Hüttenwerk (d. i. Hütten der Markgräfler) von nur M. 911 betragen haben soll.

Diese Angabe des Generaldirektors der hiesigen staatlichen Güttenwerke war eine irrtümliche und mußte sich dieser Herr auf Grund des mit ihm gepflogenen Schriftwechsels und der ihm gegebenen aus den Lohnlisten genau ausgezogenen Unterlagen davon überzeugen, daß im Jahre 1908 der Durchschnittslohn eines Arbeiters des Rosenberger Hochofenwerks 1083,— M. der Durchschnittslohn eines Arbeiter des Amberg Hochofenwerks 1076,— M. und im Jahre 1909 der Durchschnittslohn eines Arbeiters des Rosenberger Hochofenwerks einschließlich Kalkwerk Lengenfeld 1094,— M. der Durchschnittslohn eines Arbeiters des Rosenberger Hochofenwerks ohne Kalkwerk Lengenfeld 1117,— M. der Durchschnittslohn eines Arbeiters des Amberg Hochofenwerks betrug 1059,— M. betrug.

Der Durchschnittslohn der Hochofenanlage in Rosendorn ist im Jahre 1910 weiter gestiegen, da die unteren Lohnkategorien (Platzarbeiter usw.) vor einigen Monaten wieder Zulage erhielten.

Somit fallen die sämtlichen hieran geknüpften Schlussfolgerungen in sich zusammen.

Wir ersuchen Sie, vorstehende Berichtigung auf Grund des Paragraphen 11 des Preßgesetzes aufnehmen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte

Fromm.

Die Direktion der Maximilianshütte kann auch mit dieser Berichtigung den Eindruck nicht vermissen, daß die Löhne auf ihren Werken sehr niedrig sind und einer baldigen Aufbesserung dringend bedürfen. Das letztere ist mit einer um so größeren Berechtigung zu fordern, wenn man die hohen Reingewinne mit den Löhnen in Vergleich stellt. Von den in der Berichtigung angeführten Werken ist nur eins, wo der Durchschnittslohn über 1100 Mark hinaus kommt. Rechnet man den Durchschnitt von den angegebenen Durchschnittslöhnen, so ergibt sich ein Jahreslohn von 1085,80 Mark, oder — bei 300 Arbeitstagen gerechnet — ein Tagesverdienst von 3,62 M. Daß damit eine Familie bei den heutigen Wohnungs- und Lebensmittelpreisen anständig zu ernähren ist, wird wohl auch von der Direktion wie den Aktionären der Maximilianshütte nicht ernstlich behauptet werden können.

Dabei muß aber auch noch besonders berücksichtigt werden, daß unter den von der Firma angegebenen Durchschnittslöhnen jedenfalls auch Meister und sonstige Unterbeamten mitgerechnet sind; dazu kommen noch die bestgelohnten Arbeiter, sobald eine große Anzahl des Personals mehr oder weniger über den Durchschnitt steht, während die große Mehrzahl der Arbeiter weniger wie 3,62 M. pro Arbeitstag verdienen. Die Rechtfertigungsversuche der Werksleitung werden daher ihren Zweck kaum erfüllen, wenn auch ein etwas höherer Jahreslohn wie in dem ersten Artikel von der Firma als Tatsache dargestellt wird. Das Los der Arbeiter ist und bleibt ein trauriges und hätte eine gründliche Verbesserung nach der materiellen Seite hin dringend notwendig.

Solange aber die Arbeiter dem gelben Köder nachlaufen und sich von einer energischen Vertretung ihrer Interessen durch zweifelhafte Wohlfahrtseinrichtungen abhalten lassen, solange werden die Aktionäre und Aufsichtsräte die Riesengewinne einheimen und die Arbeiter haben trotz schwerer Arbeit das Nachsehen. Sie müssen sich mit dem untersten Existenzminimum abfinden. Was die Augsburger Maschinenfabrik (die Nährmutter der Gelben) einmal offenkundig in einem Jahresbericht verlauten ließ, können auch die Inhaber der Maximilianshütte mit denselben Worten zutreffend von ihrem Unternehmen sagen: „Der (gelbe) Werkverein hat sich für das Unternehmen sehr segensreich erwiesen.“ — Aber für die Arbeiter desto verhängnisvoller. Und deshalb haben wir von den Schlussfolgerungen in dem ersten Artikel im Prinzip nichts zurückzunehmen, trotz der vorstehenden Berichtigung.

Hoffentlich werden die Arbeiter aber bald zur Besinnung kommen und einsehen lernen, daß sie auf diesem Wege keine Besserstellung ihrer schwierigen Lage erreichen können. Sie können und müssen von den Unternehmern in Punkt Organisation und deren Benützung zur Vertretung ihrer Interessen lernen; ja, sie haben den Zusammenschluß noch viel notwendiger, weil sie vereinzelt vollständig macht- und wehrlos sind. Eine Schmach aber ist es, wenn sich Arbeiter dann noch als Werkzeuge gegen ihre eigenen Interessen und gegen ihren eigenen Stand durch gelbe Vereinsgründungen mißbrauchen lassen. Den Arbeitern der Maximilianshütte bleibt kein anderer Weg als der einer selbständigen Arbeiterorganisation, wenn sie an dem Ertrag ihrer Hände Arbeit ihren berechtigten Anteil erlangen wollen.

Wenn an jedes lose Maul
Ein Schloß müßt angehängt werden,
Dann wär die edle Schlosserkunst
Die beste Kunst auf Erden.

Gewerkschaften.

Zur allseitigen Beherzigung.

„Der Holzarbeiter“, unser Bruderorgan vom christlichen Holzarbeiterverband, bringt in seiner letzten Nummer folgende Notiz, die auch für unsere Mitglieder äußerst beherzigenswert ist:

Die Verbandsbureaus sollen bekanntlich dazu dienen, den Verkehr der Zahlstellenleitungen und der Verbandsbeamten mit den Mitgliedern zu erleichtern. Unzweifelhaft erfüllen sie diesen Zweck. Ein noch besseres Arbeiten der Ortsverwaltungen und Beamten wäre jedoch in vielen Fällen möglich, wenn die Störungen, die der Verkehr mit sich bringt, nicht so erheblich wären. In der Regel sind für die Arbeitsvermittlung und den Verkehr mit Mitgliedern und Vertrauensleuten bestimmte Stunden festgesetzt. Daß diese Stunden immer beachtet werden, kann man leider nicht sagen. Ist der Beamte in den nichtoffenen Dienststunden auf dem Bureau tätig, so bedeutet jeder Besuch eine Störung in der Verwaltungsarbeit. Fertigt er, trotzdem es unangebracht ist, den Kollegen in dieser Zeit ab, so ist tausend auf eins zu wetten, daß es bei der nächsten Gelegenheit zum mindesten ein mürrisches Gesicht gibt, wenn der Kollege vor verschlossene Türen kommt. Es kann deshalb nicht genug darauf verwiesen werden, daß nur die festgesetzten Stunden für die Mitglieder zum Besuche der Bureaus in Betracht kommen.

Zeit ist Geld! — Bedenke das
Tropfen füllen auch ein Glas.
Zehn Minuten täglich weg,
Sind pro Jahr sechs Tag im Dreck!

Ein weiteres Uebel ist das Hockenbleiben. Grundsatz muß sein, das Bureau zu verlassen, sobald man die Angelegenheit, die man regeln will, erledigt hat. Es ist einfach ein ungesunder Zustand, wenn z. B. 15—25 arbeitslose Kollegen, für die keine Arbeit vorhanden ist, stundenlang auf den Bureaus sitzen bleiben und durch laute Unterhaltung u. s. w. den Beamten in der Arbeit stören. Der Beamte ist nicht zur Unterhaltung der Kollegen da, sondern um Verwaltungsarbeiten der Zahlstellen zu erledigen. Wie oft macht man aber die Erfahrung, daß die Kollegen nun glauben, stundenlang mit dem Beamten plaudern zu können. Wird „abgewinkt“, so ist man beleidigt und glaubt zurückgesetzt zu werden. Unsere Kollegen müssen sich daran gewöhnen, alles kurz und knapp vorzutragen, was sie auf dem Herzen haben und im übrigen die Bureauräume des Verbandes nicht als Aufenthaltsräume zu betrachten. Der Bureauraum ist ein Arbeitsraum und deshalb auch nicht zur geselligen Unterhaltung geschaffen.

Zeit ist Geld! — das merke Dir!
Nur geschäftlich komm zu mir;
Willst Du unterhaltend sein,
Stelle Dich des Abends ein.

Eine widerliche Reklame

machen die Herren der „Berliner“ Richtung mit einer neuen Streitschrift, die ein Anhänger der Fachabteilungsidee unter dem Titel: „Das Christentum der christlichen Gewerkschaften“ zusammengeschrieben und der Öffentlichkeit übergeben hat. Es kostet eine große Ueberwindung, sich durch die 184 Seiten mit dem ewigen Kreislauf von Verdächtigungen und Paarspaltereien durchzulesen. Der Inhalt des bedauerlichen Machwerks gipfelt in dem bekannten von „Eiz Berlin“ erhobenen Vorwurf, die christlichen Gewerkschaften propagierten ein mit der katholischen Kirchenlehre unvereinbares verschwommenes Christentum. Dafür hätte der streitbare Herr nicht soviel Papier und Truderschwärze zu verschwenden brauchen, das kann man in jeder Nummer des „Berliner Arbeiter“ lesen. Ebenso hat der Verfasser dem Berliner Organ den Vorwurf nachgehakt, die christlichen Gewerkschaften verübten an den armen friedliebenden Fachabteilungen verwerflichen Terrorismus.

Der Inhalt ist es auch nicht, der uns von dieser Streitschrift Notiz nehmen läßt, sondern die widerliche Reklame und einige sonderbare Widersprüche, die damit im Zusammenhang stehen. Der Berliner „Arbeiter“ kündigt die Schrift in mehreren Nummern mit der fettgedruckten Sensationsüberschrift an: „Mit großer Spannung erwartet! hochbedeutungsvolle Schrift“ usw.

Wer hat diese Bitatenammlung mit willkürlicher Auswahl und Unterlegung denn mit großer Spannung erwartet? Doch nur die paar Hintermänner der Fachabteilungen und noch ein kleines Häuflein von Leuten, die Freude darüber empfinden, wenn der Riß im katholischen Lager immer mehr vergrößert wird. Wirkliche Freude wird das Machwerk, dessen Ueberschrift schon für die katholischen Mitglieder und Freunde der christlichen Gewerkschaften provozierend ist, jedenfalls außer den Fachabteilern nur der Sozialdemokratie bereiten. Die hat die Schrift aber kaum mit Spannung erwarten können, weil sie vor der Geburt dieses Berliner Kindes doch jedenfalls keine Meinung davon gehabt hat.

Es klingt deshalb wie ähnder Hohn, wenn der Verfasser im Vorwort sich zu behaupten wagt: „... nicht die Lust und Freude am Streit hat uns die Feder in die Hand gedrückt, sondern der Wunsch, eine wichtige Frage der Klärung näherzubringen.“ Diese salbungsvollen Löhne ist man von jener Seite gewöhnt, ähnliches hat auch der Herr gesagt, der kürzlich mit seiner vergiftenden Broschüre: „Köln, eine innere Gefahr“, das Feuer geschürt hat.

Noch widerspruchsvoller ist die Behauptung in einem Waschzettel, den der Verlag des Berliner „Arbeiter“ der Broschüre beizulegen beliebte. Dort (auch im „Arbeiter“ Nr. 35) steht wörtlich zu lesen: „Der Verfasser erklärt, nicht Gegner der christlichen Gewerkschaften zu sein...“ Mit Leuten, die dicker mit Verdächtigungen gespickte Broschüren gegen die christlichen Gewerkschaften zusammen schreiben und schreiben und im gleichen Atemzug erklären, daß sie nicht Gegner der christlichen Gewerkschaften seien, kann man sich schlechterdings nicht sachlich auseinandersetzen; eine solche Zweiseelentheorie hängt man nur niedriger.

Dem Verfasser der neuen Verdächtigungsschrift, die ein weiteres Glied in der Kette der von „Eiz Berlin“ systematisch betriebenen Brunnenvergiftung der christlichen Arbeiterbewegung darstellt, seien nur die Worte aus dem „Korrespondenz- und Offertenblatt“ für die gesamte katholische Geistlichkeit Deutschlands (Nr. 8, August 1910) in Erinnerung gebracht:

„Seien wir doch friedlicher gestimmt gegen unsere eigenen Bestimmungsgenossen. Wir haben ja sonst noch Raum genug, uns im Kampf zu betätigen. Und die friedliche Bestimmung kommt von selber, wenn wir uns keine irgendwie geartete Unfeindschaft oder auch nur Kontrollpflicht gegenüber unseren Bestimmungsgenossen zubilligen. Wir wollen niemand die freie Meinungsäußerung rauben; aber jeder soll, ehe er vor die Öffentlichkeit tritt, sich selber ernstlich richten über die Frage: Was bezwecke und was erreiche ich damit? Schade ich nicht vielmehr als ich nütze? Gebe ich nicht den Gegnern willkommener Stoff und schmeiße ich nicht unsere Reihen? Ich glaube sagen zu dürfen, daß Geistliche in dieser Hinsicht sich viel schärfer richten sollen, als Laien, da sie eine viel größere Verantwortung tragen.“

Wenn Herr Kaplan Windolph in Bochum sich diese wirklich christlichen Grundsätze zur Richtschnur genommen, dann hätte er seine Arbeitskraft für etwas Besseres angewandt als für diese neue Streitschrift, die nur den Gegnern der christlichen Arbeiterbewegung Freude und Vorteil bereiten wird.

Eine neue Hehe gegen den Verband der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs- u. Arbeiter.

Der frühere Redakteur der „Gewerkschaftsstimme“, dem Organ dieses Verbandes, Johann Wolf, zur Zeit in Hamborn, der seiner Zeit seines Amtes enthoben werden mußte, hat eine Broschüre gegen diesen Verband herausgegeben, in der er gegen den Verbandsvorsitzenden Oswald, wie auch gegen die Finanzgebarung des Verbandes schwere Vorwürfe erhebt.

Es erübrigt sich eigentlich, so wird uns von der Leitung des angegriffenen Verbandes geschrieben, auf den Inhalt dieser Broschüre, die in keinem einzigen Punkte den Tatsachen entspricht, einzugehen.

Broschüre und Verfasser sind am besten gekennzeichnet, wenn man weiß, daß Wolf derselbe Ehrenmann ist, der im vergangenen Jahre den 900 Solnhofener Lithographiesteinarbeitern durch Unwahrheiten, die er über den Verband verbreitete, in den Rücken fiel; daß er derselbe Wolf ist, der damals schon kein angeblisches Material der sozialdemokratischen Presse gegen einen hohen Betrag verkaufen wollte, womit er allerdings kein Glück hatte.

Selbst die sozialdemokratische Presse hat im vergangenen Jahre den Mann energig abgeschüttelt und wird wohl auch jetzt nicht viel Staat mit ihm machen wollen. In den Augen eines jeden anständigen Menschen ist der Mann gerichtet.

Die 3. Generalversammlung des Post- und Telegraphenarbeiterverbandes (Eiz Bochum)

fand vom 13. bis 15. August in Köln statt. Aus dem Geschäftsbericht des Verbandes ist folgendes hervorzuheben: Das Verbandsorgan erscheint vierzehntägig in einer Auflage von 3600. Die Gesamteinnahmen betragen 63 816 M. Das Barvermögen des Verbandes belief sich am 31. Juli 1910 auf 10 045 M. An Krankenunterstützungen wurden im Berichtsjahr 19 475 M., an Sterbegeld 1690 M. und an besonderen Unterstützungen 387 M. ausbezahlt. Der Reichspostverwaltung und dem Reichstage wurden die Wünsche der Verbandsmitglieder in Eingaben und in einer Audienz des Verbandsvorsitzenden beim Staatsaktuar Kräfte übermittelt. Einer Verschmelzung des Verbandes mit dem Bunde der Telegraphenarbeiter und -Handwerker in Berlin steht der Vorstand ablehnend gegenüber. Begründet wird diese Haltung mit den fortgesetzten „Entgleisungen“ und den schlechten Kassenverhältnissen des Bundes. Der Vorstand wie auch die übergroße Mehrzahl der Delegierten will das seit Gründung des Verbandes bestehende Kartellverhältnis mit dem Gesamtverband der christlich-nationalen Gewerkschaften unter allen Umständen aufrecht erhalten.

Am Sonntag den 14. August fand eine öffentliche Versammlung statt, an der ein höherer Postbeamter, der von der Reichspostverwaltung entsandt war, sowie der Landtagsabgeordnete Frank teilnahmen. Verbandssekretär Fischer behandelte die Standesfragen der Telegraphenarbeiter, während Kollege Gutschke die Stellung der Staatsarbeiter in der Volkswirtschaft und im öffentlichen Leben grundsätzlich erörterte. Das Resultat der Versammlung war die einstimmige Annahme einer Resolution, in der u. a. folgendes gesagt wird:

Die aus Anlaß des 3. Verbandstages am 14. August 1910 in Köln versammelten Telegraphenarbeiter, Vorarbeiter und Handwerker beauern, daß ihren seit 3 Jahren immer wieder ausgesprochenen Forderungen hinsichtlich der Lohnaufbesserungen und Zulagen bisher nur wenig entsprochen worden ist. Sie wünschen deshalb, daß mit Rücksicht auf die immer schwieriger werdende Lebenshaltung die Reichstelegraphenverwaltung einmal aus ihrer bisherigen Reserve in diesen Fragen heraustritt und ausreichende Aufbesserungen gibt.

Ferner erneuern die Versammelten die Forderung, daß den Telegraphenarbeitern die Arbeiterdienstjahre auf das Besoldungsdieneralter angerechnet werden. Weiter erscheint eine Fortbildung des Staatsarbeiterrechtes wünschenswert und liegt es im Interesse der Telegraphenarbeiter wie aller Staatsarbeiter, daß sie durch Zentralisation der Arbeiterassoziationen eine den Arbeiterkammern ähnliche gezielte Ständevertretung erhalten.

Der Rest der Tagung beschäftigte sich mit Satzungsänderungen und geschäftlichen Angelegenheiten. Den Verhandlungen wohnten der Sekretär des Österreichischen Telegraphenarbeiterverbandes, zeitweise Reichstagsabgeordneter Schiffer und als Vertreter des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Verbandssekretär Gutschke bei.

Die fünfte Generalversammlung des Verbandes christlicher Schneider und Schneiderinnen zc. Deutschlands

tagte vom 14.-16. August in München. Gleichzeitig mit der Generalversammlung beging der Verband die Feier seines zehnjährigen Bestehens. Aus diesem Anlaß hatte die Ortsgruppe München - wo die Gründung des Verbandes erfolgte - im Hofsaal des alten Haderbräu am Sonntag einen Festabend arrangiert, der einen sehr guten Verlauf nahm. Neben den Gesangsvorträgen der Liedertafel „Neuhäuser“ fanden besonders die Ausführungen des Festredners Abg. Königbauer und des Zentralvorsitzenden Schwarzmann, die einen Rückblick auf die Entwicklung des Verbandes warfen, lebhaften Beifall. Am Montag begannen die eigentlichen Verhandlungen.

Den Geschäftsbericht gab der Vorsitzende Schwarzmann ab. Den Ausführungen entnehmen wir, daß der Verband seit Bestehen für Streit- und Geiseltage-Unterstützung usw. 62 470 M., für Reise- und Umzugsunterstützung 6125 M.; an Krankenunterstützung und Sterbegeld 10 602 M. aufgewendet hat. Das Verbandsvermögen betrug am Schlusse des Jahres 1909 rund 30 000 Mark, die Mitgliederzahl 3466. In der Nachmittagsitzung referierte zunächst Reichstagsabgeordneter Schirmer über „Heimarbeiterrecht und Reichsversicherungsordnung“. In das Referat schloß sich eine lebhafte Diskussion. Es folgte dann ein weiteres Referat von Wullen-Köln über „Lehrlingswesen“. Das Referat brachte sehr gute Gesichtspunkte, die in einer einstimmig angenommenen Resolution niedergelegt sind. Am Dienstag sprach sodann Zentralvorsitzender Schwarzmann über „Entwicklung und weitere Ausgestaltung der Tarifverträge“.

Das großzügig angelegte Referat brachte sehr interessantes Material über die Entwicklung des Tarifwesens, insbesondere im Bekleidungsgebiete. In einer einstimmig angenommenen Resolution wird „den Verbandsmitgliedern und Verbandsfunktionären zur Pflicht gemacht, die Tarifpolitik zu fördern, insbesondere für die Ausbreitung der Tarifgemeinschaft mit allen zu Gebote stehenden erlaubten Mitteln zu wirken“. Die gestellten Anträge auf Änderung des Beitrags- und Unterstützungsweises wurden mit Rücksicht darauf, daß die letzte Generalversammlung hier erst eine grundlegende Änderung vorgenommen hat, in der Mehrzahl abgelehnt. Zum Zentralvorsitzenden wurde Schwarzmann-Köln wiedergewählt. Als Vertreter des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften nahm an der Generalversammlung Sekretär Junke-München teil.

Nachahmenswerte Opferwilligkeit.

264 000 Mark Extrabeiträge haben die dem sozialdemokratischen Maurerverbande angehörenden Mitglieder der Stadt Hamburg während der Absperrung geleistet. Von den 6606 Mitgliedern haben alle ihre Pflicht bis auf 6 Prozent erfüllt, die noch ausbleiben. Auf das Einzelmitglied entfallen somit rund 40 M. Extrabeitrag. Das ist, so schreibt mit Recht die „Vaugewerkschaft“, ein glänzendes Zeugnis von Opferwilligkeit, aber auch von Disziplin, an dem auch mancher der unserigen Kollegen sich ein Beispiel nehmen kann.

Das letztere kann auch für manchen aus unseren Reihen angewandt werden. Besonders in der gegenwärtigen Situation, wo eine Niesenaußsperrung von 300 000 Metallarbeitern angedroht ist, können und müssen wir uns an der vorhin geschilderten Opferwilligkeit ein Beispiel nehmen. Wenn die Scharmacher ihre Drohung

ausführen, und das ist anzunehmen, werden auch die Metallarbeiter eine ausnahmsweise erhöhte Opferwilligkeit an den Tag legen müssen, wenn der Kampf mit Erfolg zu Ende geführt werden soll.

Streiks und Lohnbewegungen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Werftarbeiter. In folgenden Orten stehen die Werftarbeiter im Kampf: Hamburg, Bremen, Kiel, Bremerhaven, Vegesack, Lübeck, Flensburg, Rostock, Stettin. Der Zugang von Arbeitern aller Branchen ist fernzuhalten.

Menden i. B. Bei der Firma Theodor Klusenbild (Hofeslamp), sind wegen Herabsetzung der Akkordpreise Differenzen ausgebrochen. Zugang von Klempnern, Metallrüdern und Schleifern ist fernzuhalten.

Gummersich. Ueber die Firma Reintges, Niederrheinische Maschinenfabrik, ist die Sperre verhängt worden.

Eisenfeld. Die Arbeiter der Firma Jäger, Eisenfabrik, stehen im Streit.

Köln. Sämtliche Arbeiter der Firma Hammelrath u. Co. in Köln-Braunsfeld stehen wegen Akkordabzügen im Streit.

Köln. Sämtliche Arbeiter der „Mauser Eisenwerke“ Blechemballagefabrik in Köln Ehrenfeld stehen wegen fortgesetzten Lohnabzügen im Streit.

Rehrheim. Ueber die Firma Hubener & Gerling ist wegen Herabsetzung der Akkordsätze die Sperre verhängt. Zugang von Metallrüdern, Schlossern und Klempnern ist fernzuhalten.

Barmen. Die Former der Wuppertaler Eisenhütte haben wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt.

Sundern bei Arnberg i. B. Zur Vertelldigung des Koalitionsrechts stehen die Arbeiter der Firma Anton Brumberg im Streit.

Falkau (Baden). In der Draht- und Schraubenfabrik Falkau (Aktien-Gesellschaft) stehen die Arbeiter im Streit.

Kemscheid. Die Maschinenhauer und Hilfsarbeiter der Kemscheider Zellindustrie stehen in einer Lohnbewegung.

Stuttgart. Die Huf- und Wagenschmiede stehen im Streit.

Zugang ist fernzuhalten.

Schönebeck (b. Magdeburg.) Der Streit auf den Radiatoren-Werken ist mit Erfolg für die Arbeiter beendet.

Bremen. Die Bewegung im hiesigen Schmiedegewerbe ist beendet.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 4. September 1910 der sechsendreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 4. bis 11. September fällig.

Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder. Alle Kollegen, die Arbeit suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine freigestellten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat diese Meldung dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Zahlstelle unseres Verbandes besteht, wende man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Zentralvorstand. Das gleiche gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

Die Aufnahmescheine von allen dem Verbandsbeitretenden Mitgliedern, auch von den aus anderen Organisationen übertretenden, sind genau auszufüllen, vom Kassierer der Ortsgruppe aufzubewahren und bei der Quartalsabrechnung mit an die Zentrale einzusenden. Die Quartalsrechnung dieses genau beachten, um sich später unnötige Arbeit zu ersparen.

Alle Zuschriften in Verbandsangelegenheiten ohne Unterscheid sowie alle Geldsendungen für den Verband sind an die Geschäftsstelle des Christl. Metallarbeiterverbandes, Duisburg, Seitenstr. 19, und nicht an die persönliche Adresse einzelner Beamten zu adressieren.

Aus dem Verbandsgebiet.

Berne. Die Maschinenfabrik Baum möchte sich nach außen hin gerne den Schein einer Wohlhabendsten und eines Musterbetriebes geben, wo alles zu Gunsten der Arbeiter in schönster Ordnung wäre. Ein anderes Bild zeigte sich in einer allgemeinen Vertrauensmännerversammlung der Arbeiter obengenannten Betriebes, wo die Verhältnisse besprochen wurden.

Es wurde Klage geführt über unzulängliche Waschanrichtungen; die Badeanstalt (welche die Firma zu den Wohlfahrtsrichtungen rechnet) entsprache ebenfalls nicht den gewünschten Anforderungen. Besonders ließe die Anstalt in Bezug auf Reinlichkeit zu wünschen übrig. Die Arbeiter klagten weiter über ungesunde Luft in den einzelnen Betrieben, wozu sich in der Eisenkonstruktionswerkstätte noch die Staubwolken gesellen, welche durch ungenügendes Ausputzen verursacht würden. Die Behandlung lasse auch viel zu wünschen übrig. Rosenamen wie Schafstopf, Faulenzer seien keine Seltenheit. Die Löhne bedürfen einer Aufbesserung, da viele Schlosser noch für 34 Pfg. Stundenlohn arbeiten müssen.

Da nun früher schon von Seiten der Firma Baum geküßert worden war, die Arbeiter möchten ihre Wünsche und Beschwerden der Werkleitung unterbreiten, besser dies selbst in die Öffentlichkeit getragen würden, beauftragte die Vertrauensmännerversammlung die Organisationsvertreter, die Leitung der Fabrik von diesen Verhältnissen in Kenntnis zu setzen. Dieses geschah unter dem Hinweis, dadurch einem früheren Wünsche der Firma zu entsprechen. Die Organisationsvertreter seien auch gerne bereit, in Verhandlungen über die angeführten Mängel einzutreten. Die Betriebsleitung antwortete aber, sie lehne es ab, mit wertschenden Personen zu verhandeln.

In einer allgemeinen Fabrikversammlung wurden nun die Verhältnisse in der Fabrik und das ablehnende Verhalten der Werkleitung besprochen. Es wurde betont, daß es der Firma nicht darum zu tun sei, die Mängel zu beseitigen, sonst hätte sie jetzt anders handeln müssen. Kollege Engel (Bodum) wies noch besonders darauf hin, daß die Durchschnittslöhne bei der Firma Baum von 2,12 M. im Jahre 1907 auf 3,93 M. im Jahre 1908 zurückgegangen seien, wohingegen im Bereiche der Maschinenbau- und Kleinmaschinenindustrie-Berufsgenossenschaft die Löhne im allgemeinen um 12,76 M. pro Jahr gestiegen wären. Wenn also im Gegenzug zu den anderen gleichartigen Betrieben die Löhne bei der Firma Baum noch gesunken seien, so trage die größte Schuld hieran die unorganisierte Masse von Arbeitern bei genannter Firma; diese trügen auch heute wieder die Verantwortung dafür, wenn keine weiteren Schritte unternommen werden könnten; um die Lage der Arbeiter zu verbessern. Die eben angeführten Zahlen bewiesen aber auch deutlich, daß nur dort die Lebenshaltung der Arbeiter verbessert würde, wo dieselben nicht auf das Wohlwollen angewiesen, sondern durch eine starke Organisation dieses erkämpften. Möge die Arbeiterschaft der Firma Baum hieraus die Lehre ziehen und sich der Organisation anschließen; nur dann könnten die Verhältnisse gebessert werden.

Es sei bei dieser Gelegenheit noch darauf hingewiesen, daß gerade für die Arbeiter in den Eisenkonstruktionswerkstätten im hiesigen Bezirk die Verhältnisse die denkbar schlechtesten sind. So verdient man sich nicht, einem Schlosser bei der Firma „Hornstein & Mappel“ in Bodum, welcher 3 Jahre gelernt, nachher ein Jahr auf einem größeren Werke vier Mark pro Tag verdient hat, auf der Bohndüle einen Stundenlohn von 18 Pfg. (achtzehn Pfennig) zu bezeichnen. Der betreffende Arbeiter erhielt im Akkord ausbezahlt pro Schicht 2,19 M. (zwei Mark neunzehn Pfennig). Wenn solche Löhne den Arbeitern die Augen noch nicht öffnen, ist ihnen eben nicht mehr zu helfen.

Köln-Ehrenfeld. Unhaltbare Zustände herrschen in der hiesigen Maschinenfabrik der Firma Zimmermann. Der Inhaber der Firma benimmt sich den Arbeitern gegenüber vielfach schäblicher als mancher orientalische Pascha. Der Herr scheint früher Zoologie studiert zu haben, denn die Arbeiter tituliert er in der Regel als Schafstopf, Mindvieh, fauler Hund usw. Es kommt ihm auch nicht darauf an, gegen die Arbeiter handgreiflich zu werden. So warf er einem Vorarbeiter zum Bureau hinaus und gab ihm obendrein noch einen Fußtritt. Im Betriebe herrscht ein strammes Regiment; Sprechen bei der Arbeit wird mit sofortiger Entlassung bestraft.

Herr Zimmermann hätte alle Veranlassung, in seinem Betriebe die Unfallverhütungsvorschriften zu beachten. Schutzvorrichtungen an den Maschinen gibt es nicht oder sie sind sehr mangelhaft. Eine sehr bezeichnende Manipulation des Herrn Zimmermann ist folgende: Ein Dreher geriet mit dem Daumen der linken Hand in die Zahnräder und verletzte sich so erheblich, daß er drei Wochen arbeitsunfähig war. Trotdem sich Herr Zimmermann selbst von der schweren Verletzung überzeugt hatte, schrieb er an die Ortskrankenkasse, der betreffende Arbeiter sein ein Simulant. Als der Verletzte vom Arzt den Brief vorgelesen bekam, ging er zur Rendantur und zeigte dort seinen verblüfften Finger. Kopfschüttelnd sahen die Herren einander an.

Es ist an der Zeit, daß endlich im Betriebe der Firma Zimmermann Remedur geschaffen wird. Die gekennzeichneten Zustände sind nur deshalb möglich, weil keine Organisation im Betriebe ist. Wir rufen den Arbeitern zu: Tretet geschlossen dem christlichen Metallarbeiterverbande bei, dann werden auch für Euch bessere Zeiten anbrechen.

Duisburg. Am Sonntag, den 21. August, fand unsere Quartalsgeneralversammlung statt, welche verhältnismäßig gut besucht war. Aus dem Geschäftsbericht, welcher vom Kollegen Burgard erstattet wurde, entnehmen wir folgendes: An Einnahmen waren zu verzeichnen 8150,48 M., Ausgaben für Unterstützung der Mitglieder 3199,66 M. An Neuaufnahmen war wiederum ein großer Fortschritt zu verzeichnen, sodaß in diesem Jahre bis heute ein Zugang von 644 Mitgliedern angegeben werden kann. Gewiß ein erfreuliches Zeichen.

Nachdem die Diskussion über den Geschäftsbericht geschlossen war, referierte der 2. Verbandsvorsitzende Kollege Klotz-Essen über die grundsätzliche Bedeutung der christlichen Gewerkschaften. Ausgehend von der Entwicklung

unserer Ortsverwaltung wie er zahlenmäßig nach, daß unsere Ortsverwaltung den Gegnern, Sozialdemokraten und Christen-Demokraten, noch immer an Wichtigkeit und Einwirkung ein gutes Stück voraus sind, trotz aller Bemühungen seitens der Genossen, fremde Arbeitskräfte heranzuziehen, um so die Arbeitsplätze für sich in Anspruch zu nehmen. Eine bemerkenswerte Erscheinung ist, daß schon vor dem Ausbruch der Bewegung der Arbeiter seitens der freien Gewerkschaften Leute abgeschoben wurden. Für unsere Kollegen ist dies besonders beachtenswert.

Die Wirtschaftsentwicklung zeigt uns heute ein ganz anderes Bild als in früheren Jahren. Vergleichen wir uns nur die industrielle Entwicklung, so finden wir, daß sich ein vollständiger Umschwung vollzogen hat und fortwährend vollzieht. Um dieses zu beweisen, braucht man nur einige Zahlen anzuführen. Vor etwa 100 Jahren brauchten nur 20 Millionen Menschen ihr Brot auf dem Feld zu suchen, wo heute 64 Millionen ihr Dasein fristen müssen. Dazu kommt noch, daß heute die Industrie und mit ihr tausende von Anlagen und Gebäuden einen riesigen Flächeninhalt für sich in Anspruch nehmen, was früher durch die Landwirtschaft Tausende von Menschen ihr Brot fanden. Aus diesen Zahlen ergibt sich ganz naturgemäß, daß wir heute an Getreide große Mengen aus dem Ausland notwendig haben. Daß uns dieses nicht gleichgültig sein kann und brennend eine Wirtschaftspolitik geführt werden muß, dürfte wohl als selbstverständlich betrachtet werden. Besonders aus dem Umstande, weil unsere Bevölkerung jährlich eine Zunahme von 8-900 000 Personen zu verzeichnen hat.

Dasselbe Verhältnis sehen wir auch in unserer Industrie. Beispielsweise beschäftigte die Landwirtschaft im Jahre 1882 noch 42%, wogegen heute kaum noch 20% in diesem Erwerbszweig tätig sind. Diese Umwälzung hat für unser Volkwohl manches Gute gebracht. Hiermit soll nicht gesagt sein, daß alles gut ist, was durch die rapide Entwicklung der Industrie entstanden ist, sondern manche Mißstände haben sich eingeschlichen, welche unter allen Umständen beseitigt werden müssen. Die christlichen Gewerkschaften, insbesondere der christliche Metallarbeiterverband, haben bisher mit allen Mitteln versucht, in der bevorstehenden Gesellschaftsordnung die Schäden der Industrie zu beseitigen.

Nun haben wir in Deutschland bekanntlich keine einheitliche Arbeiterbewegung. Die ältere sozialdemokratische Richtung nimmt für sich in Anspruch, allein die Arbeiterinteressen zu vertreten. Wenn wir die Geschichte dieser Bewegung verfolgen, so findet man, daß dieselbe eng mit dem Programm der sozialdemokratischen Partei verbunden und infolgedessen nicht in der Lage ist, für die Arbeiter etwas Positives zu leisten. Erst seit Bestehen der christlichen Gewerkschaften wurden die sozialistischen gewissermaßen gezwungen, mitzuarbeiten. Aber auch heute zeigt sich bei allen Gelegenheiten, daß der Einfluß der Partei größer ist als der gute Wille einzelner Gewerkschaftsführer. Tatsache ist ja, daß die Beamten der freien Gewerkschaften nicht die Führer, sondern die Geführten sind. Was die Parteileitung will, muß ausgeführt werden, selbst wenn auch die Interessen der Arbeiter dabei zu Schaden kommen. Es ist dieses ja auch gar nicht anders denkbar. Die Sozialdemokratie betreibt die Alles- oder Nichts-Politik. Geseht den Fall, diese Leute hätten einmal ernstlich die Absicht, Verbesserungen für die Arbeiter in den Parlamenten durchzuführen und würden den Gesetzesvorlagen zustimmen, so sägen sie sich selbst den Ast ab, auf dem sie sitzen, weil sie damit den Beweis erbracht, daß die Lage des Arbeiters in der bestehenden Gesellschaft noch verbessert werden kann und dadurch das Programm der Partei in sich zusammenfallen muß. Bekanntlich steht in allen sozialdemokratischen Presseerzeugnissen geschrieben und von jedem sozialdemokratischen Agitator hört man dieselben Phrasen von der „verlorenen bürgerlichen Gesellschaft, Ausbeutertum“ und dergleichen mit dem selbstverständlichen Schlussausruf: „nur dann, wenn die Sozialdemokraten die Macht und das Regiment haben, gibt es für die Arbeiter den Himmel auf der Erde.“

Wir als christliche Arbeiter sind vernünftig genug, auf einen bezüglichen Streikentscheid zu verzichten. Bedauern müssen wir nur empfinden für die armen Arbeiter, die sich so auf den Nimmerleinstag verstoßen lassen.

Auf die bedeutungslosen Christen-Demokratischen Gewerksvereine brauche ich nicht näher einzugehen. Sie müssen wissen, daß für sie keine größeren Massen mehr zu haben sind, und nun wehren sie sich so gut es eben geht mit dem Schlagwort: „Die Weltanschauung hat mit der Arbeiterbewegung nichts zu tun.“ Mit anderen Worten: „Das Christentum können wir nur dann gebrauchen, wenn es uns zweckdienlich erscheint.“

So waren wir gezwungen, eine Arbeiterbewegung zu schaffen, wo sich alle Arbeiter nach ihrer religiösen und politischen Überzeugung betätigen und ihren Mann voll und ganz stellen können. Die christlichen Gewerkschaften brauchen ganze Männer, welche jederzeit, ohne nach rechts und links zu sehen, die Interessen der Arbeiter zu vertreten wissen. Bei allen größeren Bewegungen ist ja auch zu beobachten, daß sich bei den Unternehmern vieles in der Kampfweise geändert hat. Heute kann man nicht so ohne weiteres wirtschaftliche Kämpfe auf das politische Gebiet herüberziehen. Die Unternehmer können der Regierung und den bürgerlichen Parteien nicht mehr zurufen: „Es sind sozialdemokratische Forderungen!“ Nein, heute steht die öffentliche Meinung auf Seiten der Arbeiter, weil große Arbeitermassen, die treu zur Kirche und zum Vaterland stehen, den Kampf führen für die Besserstellung ihres Standes. So konnten wir wieder die große Bauarbeiterausperrung beobachten, welche nur durch das Zusammengehen sämtlicher Organisationen zu einem guten Abschluß gebracht werden konnte.

Nach einem kräftigen Appell an die Frauen, daß auch sie mit allem Nachdruck für die christlichen Gewerkschaften einzutreten hätten, schloß folgende Kiste unter dem Beifall der Anwesenden seine Ausführungen.

Kollege Reyer forderte alle Kollegen auf, mit noch größerem Eifer für die Ausbreitung des Verbandes einzutreten, damit noch in diesem Jahre die Zahl von 2000 überschritten werde. Mit einem begeisterten Hoch auf den Verband fand die Versammlung ihren Abschluß.

Danzig. Am Donnerstag, den 11. August, fand im St. Josephshause eine vom Ortsrat der Christlichen Gewerkschaften einberufene Versammlung für die Arbeiter der Firma Schichau statt. Kollege Winter sprach über das Thema: „Was lernen die Arbeiter der Firma Schichau aus der Lohnbewegung auf den deutschen Schiffswerften.“

Von dem kürzlich beendeten Niesentampf im Baugewerbe ausgehend, schilderte der Referent die gegenwärtige Situation auf den deutschen Schiffswerften. Während die Arbeiter der Nordsee werft zu 80-90 Proz. organisiert sind, finden wir in Stettin nur 50 Proz. und in Danzig nur 11 bzw. 7 Proz., die den Weg zur Organisation gefunden haben. Dies ist auch der Grund, weshalb die beiden Werften der Firma Schichau von der Aussperrung verschont bleiben sollen. Geh. Kommerzienrat Blase möchte seine Arbeiter nicht aus dem süßen Schlummer, in dem sie sich wohl fühlen, aufwecken. Der Referent beschränkte eingehend die Löhne und Arbeitsbedingungen der Schichauwerft und verglich dieselben mit den Forderungen, welche die Arbeiter der Nordsee werften eingereicht haben. Während letztere Einstellungs-löhne von 40 Pfg. pro Stunde verlangen, müssen die Schichauer sich mit 28-35 Pfg. Stundenlohn begnügen.

Auch die Betriebskrankenkasse entspricht nicht den Vorschriften des Krankenversicherungsgesetzes. Der den einzelnen Wohnklassen zugrunde gelegte Tagelohn erreicht nicht die Höhe des ortsüblichen Tagelohnes. Der durchschnittliche Tagelohn für Handwerker ist auf 2,50 Mk. festgesetzt, während der ortsübliche Tagelohn gewöhnlicher Tagelöhner für Danzig 2,80 Mk. beträgt. Hier ist ein großes Arbeitsfeld für den Krankenlassenvorstand, der aber zur Ohnmacht verurteilt ist, weil er keine stark organisierte Arbeiterschaft hinter sich hat. Hier gelte es, zunächst die öffentliche Meinung durch die Presse auf derartige Zustände aufmerksam zu machen. Der Referent empfiehlt der Versammlung folgende Resolution zur Annahme:

„Die am 11. August im Hotel „Josephshaus“ versammelten Arbeiter der Firma Schichau, Danzig, erachten es für notwendig, öffentlich auszusprechen, daß eine Erhöhung ihres Einkommens und eine Reduzierung ihrer sehr hohen Arbeitszeit unbedingt stattfinden muß. Dies zu fordern, hält die Versammlung aus kulturellen, gesundheitlichen und vaterländischen Gründen für ein unabwiesliches Gebot. Die bisher herrschenden ungenügenden Lohn- und Arbeitsbedingungen, die weit hinter den Lohn- und Arbeitsverhältnissen gleichartiger Firmen zurückstehen, würden durch eine eventl. Verbesserung die wohlthätigsten Folgen in kultureller, wirtschaftlicher und vaterländischer Beziehung auslösen. Eine Lohnerhöhung für die danziger Arbeiter der Firma würde nicht nur die Lebens-, Wohnungs- und Gesundheitsverhältnisse der direkt interessierten Arbeiter heben, sondern auch der Geschäftsmelt und dadurch wieder der heimischen Industrie zugute kommen. Ferner würde auch die zukünftige Wehrfähigkeit der Kinder der direkt Beteiligten, die laut statistischen Nachweisen in Städten ständig im Abnehmen begriffen ist, heilsam beeinflusst. Die versammelten Arbeiter erkennen, daß nur im engen Zusammenschluß in den christlichen Berufsverbänden eine gedeihliche Erledigung der Angelegenheit möglich ist. Um unserer berechtigten Sache den nötigen Nachdruck zu geben, fordert die Versammlung alle Arbeiter der Firma Schichau auf, sich umhernd den auf christlich-nationalen Boden stehenden Berufsverbänden anzuschließen.“

In der Diskussion beleuchtete Gewerkschaftsführer Strauß als ehemaliger Arbeiter der Firma die dortigen Verhältnisse aus eigener Erfahrung. Kollege Schowohl wünschte eine schärfere Fassung der Resolution. Alle Redner fordern die Schichauer Arbeiter auf, sich den christlichen Berufsverbänden anzuschließen, um den bestehenden Mißständen wirksam entgegenzutreten. Nach der Abstimmung über die Resolution, welche einstimmig angenommen wurde, forderte Kollege Winter im Schlußwort die versammelten Arbeiter auf, Mann für Mann der Organisation beizutreten, dann würden auch recht bald andere Zustände auf der Schichauwerft eintreten. Eine Anzahl Kollegen schlossen sich dem christlichen Metallarbeiterverband an.

Schwäbisch-Gmünd. Anlaß zu ausführlichen Erörterungen gaben dem hiesigen Gemeinderat die speziellen Lohnverhältnisse der Gold- und Silberarbeiter in Hanau, Pforzheim und Gmünd. Gemeinderat Bader (Soz.) hatte die Behauptung aufgestellt, in Pforzheim würde durchweg 10-20 Pfg. pro Stunde mehr bezahlt. Das wollten die Arbeitgeber im Gemeinderat nicht gelten lassen; erster meinte, er habe zwei Arbeitern von Pforzheim denselben Lohn bezahlt, den sie dort erhielten, außerdem seien die Lebensverhältnisse in Pforzheim um ein bedeutendes teurer als in Gmünd. Dann stimmte er das übliche Klage-lied über die schlechten Verkehrsverhältnisse, hohen Steuern und Lasten der Stadt Gmünd an.

Es soll nicht bestritten werden, daß einzelne Arbeitgeber, sobald sie im Druck sind mit qualifizierten Arbeitern, diesen Löhne anbieten, welche die Pforzheimer zum Teil erreichen, doch auch nur dann. Es soll weiterhin nicht in Abrede gestellt sein, daß Pforzheim und Hanau günstigere Verkehrsbedingungen haben als Gmünd. Nichtsdestoweniger muß gesagt werden, zu einer Zeit, da die Verbindungen noch um ein gutes schlechter waren, prosperierte die Hauptindustrie Gmünds gleich der beiden Konkurrenzstädte. Auch heute noch hat das Gmünder Silber den Vorrang, wie lange allerdings noch, ist eine Frage der Zeit. Nicht umsonst bemühen sich auswärtige Firmen in Hanau, Pforzheim, Schaffhausen usw., die Gmünder Silbergeschmiede, die erstklassige Produkte anfertigen, zu gewinnen; nur möchten wir den Kollegen, denen eine auswärtige Stelle angeboten wird, bringen nahelegen, sich zuerst reiflich zu überlegen. Gewöhnlich wird ein hoher Anfangslohn zugesagt. Der Betreffende muß dann schwächere Kräfte anlernen. Sobald diese soweit sind, gibt man ihm, dem man einen hohen Lohn und eine Lebenseristenz versprochen, zu verstehen, daß er nun eigentlich überflüssig sei. Derart bereute es schon manch ein tüchtiger Kollege, daß er sich nach auswärts verlocken ließ. Doch das wäre noch nicht alles; zumeist hilft er mit, die heimische Industrie zu verdrängen, er macht sich die Rückkehr indirekt unmöglich. Darum solche Fragen reiflich überlegen.

Woran liegt es nun, daß die Gmünder Industrie fast vorwärts anscheinend rückwärts geht? Vielfach hängt

das mit dem Umstand zusammen, daß diejenigen Fabrikanten, die in den letzten Jahren sich soviel erblühten, sich um die Weiterentwicklung ihres Betriebes nicht mehr in dem Maße als ehemals bemühen. Kommen dann keine Aufträge herein, dann gibt's ein einfaches bequemes Mittel, die Ausgaben zu vermindern. Man läßt eben Montag oder auch Dienstag noch aussetzen; ob die Arbeiter das zum Leben Notwendige haben, ist für die fraglichen Unternehmer ohne Belang; die Hauptsache ist, man hat seine Ruhe und braucht sich nicht aufzuregen, und das spielt in Gmünd keine kleine Rolle. Würden dagegen die Gmünder Unternehmer mit demselben Eifer und Geist für die Weiterentwicklung ihrer Industrie sich ins Zeug legen, wie ihre Pforzheimer und Hanauer Kollegen, dann würden auch die Ursachen der stetigen Klagen über den Niedergang der Industrie wie über den Wegzug der tüchtigsten Arbeiter bald verstummen.

Weil diese Gedanken in den Verhandlungen des Gemeinderats nicht so zum Ausdruck kamen, hielten wir es der Ergänzung halber für notwendig und angezogen, sie an dieser Stelle zu erwähnen.

Hinsichtlich der Verhältnisse am hiesigen Platz darf gesagt werden, daß eine fühlbare Besserung eingetreten ist. Nur einige Betriebe sind es, die aussetzen lassen, und zwar jene, die wir schon in den vorgenannten Zeilen näher bezeichneten. Eine Anzahl Betriebe, wie Spaiger, Herzer, Viehleiter und L. E. Köhler, haben Hochsaison. Hier wird von 6 Uhr morgens bis 1/2 7 Uhr abends, also mit 2 Ueberstunden, gearbeitet. Nun muß es selbstverständlich auch wieder besonders „schlaue“ Kollegen geben, die sich sagen: jetzt wird ja nicht mehr ausgezett, ergo braucht man den Verband nicht mehr. Ob sich das mit einem ehrenhaften Charakter verträgt, ob diese bedenkliche Mißbeurteilung des Arbeiterstandes samt und sonders mifftredig ist, das kümmert diese überflausen Kollegen nicht im geringsten. Die Prozente für Weilarbeit erhalten sie ja dank der Arbeit der Organisation, und mehr braucht es nicht, als höchstens noch hinterm Diertisch recht kräftig vom Leber zu ziehen.

Ein anderes Uebel ist der schon so oft besprochene und geduldet mangelhafte Versammlungsbesuch, unter dem die Organisationen zu leiden haben. Hier muß noch vieles besser werden. Unsere Vertrauensmänner müssen von jetzt an eine viel lebhaftere Agitation für den Versammlungsbesuch betreiben. Um die Kosten für Inserate zu vermindern, werden die Versammlungen jeweils im Versammlungskalender des Verbandsorgans bekanntgegeben. Das wollen die Kollegen in Zukunft beachten und sich zur Nichtschuldner dienen lassen, ohne zwingenden Grund von nun ab in keiner Versammlung zu fehlen. Die nächste findet am 4. September vormittags 10 Uhr im evang. Vereinshaus statt.

Wasserraffinerie. Die zunehmende Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse zwingt uns, einmal die Dinge im Verbandsvororgan zu besprechen. Zum Gegenstand bitterer Klage macht sich in der Gießerei der Meister L., der früher in Augsburg in Stellung stand. Wir wollen der Verwaltung des Hüttenwerks nicht vorwerfen, sie habe sich diesen Meister kommen lassen, um die staatlichen Arbeiter für den gelben Werberein „weid zu brüden“, obwohl das ganze Benehmen dieses Meisters nur darauf angelegt ist, jenes Ziel zu erreichen, sondern wir nehmen noch an, daß er ob seiner Fachkenntnisse eingestellt wurde. Was das letztere anbetrifft, wird nicht bestritten, daß er seinem Fach vorsteht. Nun hat er aber keine besondere Methode, die darin besteht, daß er seine Turnvertrags-Neblinge ausnehmend milde behandelt, ihnen, wo es geht, die guten Artikel zukommen läßt; den organisierten Kollegen hingegen macht er das Leben so sauer, als es nur geht. Bei dem einen stellt er sich mit der Uhr in der Hand hin und rechnet ihm die Sekunden vor, die er brauchen darf. Beschwert sich ein Arbeiter wegen zu geringem Akkordpreis, kommt der Meister L. und macht die Arbeit vor, doch so, daß man es schon gesehen haben muß, um zu verstehen. Wollten die Gießer nach dieser Art arbeiten, dann hätte das Werk ihren Stamm tüchtiger Arbeiter bald gesehen. Das geschieht auch weniger, um dem betreffenden Beschwerde-führer zu zeigen, mit welcher Emsigkeit und Energie gearbeitet werden soll, sondern ihm vorzurechnen, daß der Stückpreis noch viel zu hoch angelegt sei. In der Wahl der Ausbrüche gegenüber den Arbeitern ist der Herr gar nicht verlegen. Was kümmert ihn Mannesehre und Würde bei den Arbeitern. Will sich der Arbeiteraus-schuss für einen beschwerdeführenden Kollegen inbezug auf Akkordpreissfestsetzung oder Behandlung verwenden, so wird ihm bedeutet, das sei nicht seine Sache, oder der Meister L. leugnet die Dinge einfach ab. Die Zukunft wird es zeigen, ob es dem Betrieb zum Nutzen ist, wenn er die Intervention des Arbeiterauschusses in Lohn-differenzen ablehnt.

Jedenfalls wird der Landtag auch hierüber ein Wort sprechen müssen. Daß man die Eingabe unseres Verbandes zurückweist mit dem Bemerk, das habe der Arbeiterauschuss zu tun, und sobald er das tun will, ihn abweist mit dem Bemerk, er habe in Hofmischen nichts mitzusprechen, wäre doch ein zu krasser Widerspruch, als daß man ihn ruhig hinnehmen könnte. Wenn irgendwo, dann sollte und muß in solchen Dingen der staatliche Betrieb seinen Ruf als Musterbetrieb wahren.

Im Walzwerk liegen ebenfalls eine Anzahl Mißstände vor, die der Abstellung bedürfen. Auch das Kapitel Verhandlung gehört hierher. Den Kollegen des Hüttenwerks muß angeichts solcher Verhältnisse dringender denn je empfohlen werden, sich dem christlichen Metallarbeiterverbande anzuschließen, da er es war, der für die Interessen der Arbeiter mit Entschiedenheit eintrat.

Kienstadt a. d. Harz. Reges Leben herrscht zurzeit in unserer Ortsgruppe. Die Schatten der Wirtschaftskrise haben sich verjogen. Da atmen die Kollegen erleichtert auf und bisher indifferente Arbeiter leisten dem Ruf zur Organisation mehr und mehr Folge. Das zeigte sich auch in der letzten Versammlung, in der unser Bezirksleiter über die 6. Generalversammlung in Duisburg Bericht erstattete. Die auf dieser vorgenommenen Reformen und Neueinrichtungen wurden aufs lebhafteste begrüßt. Allgemein stimmte man darin überein, daß die nächste Gener.-versammlung zur weiteren inneren und äußeren Festigung des Verbandes vorzügliches geleistet habe. Begrüßt wurde auch die wachsende Anerkennung und

Wahrung; welche unser Verband seitens der Behörden und anderer Stände erfuhr.

Um so mehr wurde im Anschluß an die Ausführungen des Bezirksleiters bedauert, daß man in Neustadt scheinbar noch die Arbeiter als fünftes Rad am Wagen, besonders seitens der städtischen Behörden und gewisser Vertreter im Stadtparlamente betrachte.

Pflicht jedes einzelnen Kollegen aber sei es, öffentlich aufklärend zu wirken und den demagogischen Anrempelungen der sozialdemokratischen Gewerkschaftler zu begegnen. Mit der Erstarkung der christlichen Gewerkschaften am Orte wachse auch deren Einfluß, so daß man am letzten Ende auch in den Stadtparlamenten und einzelnen bürgerlichen Parteien nicht daran vorbei komme, den berechtigten Wünschen der städtischen Arbeiter Rechnung zu tragen.

St. Georgen. (Schwarzwalb). In unserm Industrie-reichen, einsam gelegenen Schwarzwalbstädtchen herrschen Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die mit der Schönheit der Natur nicht harmonieren. Täglich kann man die Arbeiter über ihre Lage klagen hören; leider meistens am unrechten Orte, wo es keinen Zweck und Erfolg haben kann.

Das kann nur geschehen durch den Zusammenschluß aller Arbeiter in unserer Organisation. Dort ist der richtige Ort, unsere Klagen anzubringen, da kann Abhilfe geschafft werden. Unser Verband hat sich schon verschiedentlich der Interessen der bedrängten Arbeiter angenommen.

Aber nicht nur den männlichen Kollegen rufen wir zu: „Organisiert Euch“, auch den Arbeiterinnen gilt dieser Ruf. Die Zahl der letzteren nimmt immer mehr zu. Eine ganze Reihe Arbeitsplätze, die früher von männlichen Kollegen besetzt waren, werden heute von Arbeiterinnen eingenommen.

Soziale Rechtsprechung.

Ein unglaubliches Urteil

Ein unglaubliches Urteil fällt vor kurzem das Gewerbegericht Dortmund-Land. Der Sachverhalt war folgender:

Anfangs dieses Jahres ging die Firma Botthoff und Blüme in Lünen dazu über, den Akkordpreis der Former nach Belieben zu reduzieren. Die Former ließen sich jedoch die Preise nicht ohne weiteres billieren, sondern sie wollten bei Übernahme der Arbeit die Akkordpreise vereinbaren.

Wenn man alle Besitzer ablehnen wollte, weil sie der selben Organisation der Kläger angehören, könnte man wohl fast alle ablehnen, denn heute sind doch die meisten

Arbeiterbesitzer organisiert, sei es im christlichen oder im sozialdemokratischen Verband, und auch die Arbeitgeberbesitzer gehören oft mit dem Kläger ein und derselben Arbeiterorganisation an.

Die Firma hatte Gutachter auf ihrer Seite, und zwar einmal den Ingenieur Bauer von der Eisenhütte Westfalia (den die Firma sogar selbst mit zum Gericht gebracht hatte) und den Fabrikbesitzer Surmann. Die Kläger jedoch wurden mit ihrem Antrag, einen von ihnen benannten Gutachter zu hören, abgewiesen.

Jetzt kam das unglaubliche. Das Gewerbegericht besinnerte: § 124 der Gewerbeordnung sagt: Ein Gehilfe, der die Arbeit rechtswidrig verläßt, kann sofort entlassen werden und der Arbeitgeber kann Entschädigung verlangen, und zwar ohne den Nachweis eines Schadens zu erbringen, und zwar ohne den Nachweis eines Schadens für 6 Tage.

Also einmal lehnt man den Besitzer ab, weil er in derselben Organisation des Klägers ist, dann lehnt man die Gutachter der Kläger ab, obwohl man die der Arbeitgeber zuläßt, dann weist man die Kläger mit ihrer Klage ab, obwohl sie ohne Kündigung entlassen wurden, und zum Schluß verurteilt man sie noch zu 18 Mark Schadenersatz, weil sie die „Arbeit verweigert“ haben.

Ein neues Urteil in Sachen der schwarzen Listen.

Einen bedeutamen Prozeß hat der Verband christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands ausgetragen. Es handelt sich um einen fast zwei Jahre zurückliegenden Fall. Der Sachverhalt ist folgender:

Der Kläger, der Vorsitzende der in Bad Orb bestehenden Ortsgruppe des genannten Verbandes ist, erhielt im Sommer 1908 bei der beklagten Firma G. Rieger u. Co. seine Entlassung, nachdem er im Auftrage seiner Mitarbeiter bei seinem Arbeitgeber wegen eines Lohnabzugs von zwei Pfennig am Hundert Zigarren und wegen schlechten Umblatts für die Anfertigung der Zigarren vorstellig geworden war.

Das Landgericht Hanau erklärte den erhobenen Klagenanspruch dem Grunde nach für gerechtfertigt. Die Aussperrung der Kinder des Hauptklägers sei „ganz ungerechtfertigt“; ihr einziges Verschulden sei, Kinder des 1. Klägers zu sein. Aber auch

gegen diesen sei die Sperre „unbillig und ungerecht“; sie lasse sich nur durch die Stellung des Arbeiters in seinem Verbands erklären. Das sei auch durch die Aussage eines Fabrikanten bestätigt, der sich zu dem Kläger dahin geäußert habe: die Firma würde ihn wieder einstellen, wenn er sein Amt als Vorsitzender der Ortsgruppe christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter niederlegte.

Sind die christlichen Gewerkschaften „politische Vereine“?

Unter dieser Ueberschrift berichtet die „Vangewerkschaft“:

Eine solche Entscheidung hatte zunächst der Polizei-Sergeant Sommerfeld in Püßig gemacht; darüber wunderten wir uns weiter nicht sehr, da in Püßig sehr „fortschrittliche“ Verhältnisse bestehen. Der Vorsitzende unserer neugegründeten Ortsgruppe wurde im Januar aufgefordert, ein Statut und ein Verzeichnis der Mitglieder einzureichen.

Es wurde zunächst eine Untersuchung unseres Verbandsstatuts vorgenommen. § 3 wurde vorgelesen, und da stand nun: „Praktische Unterweisung über die bestehenden sozialen Gesetze usw.“ Das sollte uns zum Verhängnis werden.

Bei der Urteilsverkündung hob der Vorsitzende hervor: Der Verein erstrebe, die wirtschaftliche und soziale Lage seiner Mitglieder zu heben; das könne er aber nur, wenn er sich auch politisch betätige. Er müsse entweder eigene Kandidaten aufstellen oder sich mit anderen politischen Parteien in Verbindung setzen, die auf die Gesetzgebung einwirkten.

Wo bleibt bei einer solchen Auslegung des Vereinsgesetzes das Versprechen, das der Herr Staatssekretär anlässlich der Beratung des Gesetzes gab? Gegen das Urteil ist Berufung an das Reichsgericht eingelegt.

Soziales.

Der Verband süddeutscher katholischer Arbeitervereine

Der Verband süddeutscher katholischer Arbeitervereine veröffentlicht jeden Jahresbericht für das Jahr 1909. Derselbe gibt mit seinen zahlreichen Tabellen ein übersichtliches Bild über die Tätigkeit des Verbandes auf den verschiedensten Gebieten.

In der Hauptaufgabe der kath. Arbeitervereine, religiös-sittliche und allgemein kulturelle Hebung der Arbeiterschaft wurde ganz erhebliches geleistet. Die apostolische Abteilung der Hauptstelle hat zahlreiche Vortragshilfen und Einzelvorträge, sowie auch Arbeiterrepräsentanten abgehalten und in der größeren Zahl der Vereine werden jährlich ein oder mehreremale gemeinschaftliche Kommunionen veranstaltet.

Neben all dem wurde auch das Wirtschaftliche nicht ganz außer acht gelassen. Die Vereine des süddeutschen Verbandes haben ein Gesamtvermögen von 5 Millionen Mark. Durch die Verbands-Kranken- und Sterbekasse, sowie die lokalen Kassen wurden im letzten Jahre 201 737 Mark an Kranken- und Sterbegeld ausbezahlt.

Eigene Sparkassen haben 205 Vereine errichtet, wovon 48 Vereine anderen Kassen angeschlossen sind. Das gesamte Guthaben der Mitglieder beträgt 2 064 493 Mk. In steigendem Maße werden auch die Vorteile des Genossenschaftswesens erkannt und sind es 229 Vereine.

welche in der einen oder anderen Art sich auf diesem Gebiete betätigen.

Einen Stillpunkt in der katholischen Arbeiterbewegung Süddeutschlands bilden die 22 Arbeitersekretariate, in welchen 24 Sekretäre tätig sind. 17 Sekretariate wurden im ganzen von 31 351 Personen in Anspruch genommen, welchen in den verschiedensten Rechtsfragen Rat und Auskunft übermittelt wurde.

Das Verhältnis zu den christlichen Gewerkschaften wird als ein gutes bezeichnet. An den sozialen Wahlen beteiligten sich beide Organisationen in der Regel gemeinsam. Von 65 Orten wird das Bestehen von Ortskrankenkassen und von 47 Orten das Bestehen von Gewerbeämtern gemeldet.

Soweit der Jahresbericht. Eine beachtenswerte Arbeit, die da geleistet worden ist im Interesse der Arbeiterschaft sowohl wie auch im Interesse von Staat und Gesellschaft. Wollte dies immer mehr auch in weiteren Kreisen erkannt und gewürdigt werden.

Ein bedenklicher Erlaß.

Der preussische Handelsminister hat folgenden Erlaß an die Fabrikinspektoren gerichtet:

Die Jahresberichte haben sich, ihrer gesetzlichen Bestimmung gemäß, auf die Mitteilung von Tatsachen und Wahrnehmungen zu beschränken; theoretische Erörterungen, insbesondere Abschweifungen auf das Gebiet der Ausgestaltung und Abänderung bestehender Gesetze, Verordnungen usw. gehören nicht in diese Kategorie.

Wir finden diesen Erlaß sehr merkwürdig, zum mindesten sehr überflüssig. Soll es den preussischen Gewerbeinspektoren in Zukunft verboten sein, aus ihren Wahrnehmungen und Beobachtungen, sagen wir, aus den Tatsachen Schlüsse zu ziehen und sie ihrem Bericht einzuverleiben? Will das der Handelsminister?

Ausländische Arbeiter.

Eine Einschränkung der Verwendung ausländischer Arbeiter bei öffentlichen Bauten an Eisenbahnen, Kanälen und Straßen fordert ein neuer Ministerialerlaß in Preußen. Schon bisher sollten ausländische Arbeiter nur dann mit Genehmigung des Ministers des Innern beschäftigt werden, wenn die Unternehmer nachgewiesen hätten, daß sie keine inländischen bekommen können.

beitgebers nicht vorliegen, die Genehmigung im Auftrage des Ministers nachträglich zu erteilen. Andernfalls ist aus eine baldige Entfremdung der Arbeiter aus dem Arbeitsverhältnis hinzuwirken.

Die Unternehmer werden trotzdem Mittel und Wege zu finden wissen, um sich die willigen und billigen Arbeitskräfte aus dem Ausland heranzuholen. Immerhin ist es zu begrüßen, wenn die Regierung die Notwendigkeit einzieht, den schlimmsten Auswüchsen entgegen zu wirken.

Arbeiterhaushalt und Abzahlungsengeschäfte.

In den letzten Jahren hat man allgemein der Aufstellung und Bearbeitung von Arbeiterbudgets eine größere Aufmerksamkeit zugewendet. Es sind dabei systematische Aufstellungen gemacht, und es ist festgestellt, wie im einzelnen die verdienten Löhne verwendet werden. Eine Frage aber, die für die Arbeiter in den Großstädten und in den Industriebezirken namentlich im letzten Jahrzehnt von allergrößter Bedeutung geworden ist, hat man bisher fast gänzlich ignoriert, das ist, in welchem Umfange der Haushalt der Arbeiter von den Abzahlungsengeschäften abhängig ist und welchen Anteil die an die Abzahlungsengeschäfte zu entrichtenden Ratenzahlungen im Budget der Arbeiterfamilien ausmachen.

In den allermeisten Fällen wirkt das Abzahlungssystem ebenso schlimm oder noch schlimmer als das Borgsystem, weil es zu unrationellen Einkäufen führt und den Praxialismus ganz wesentlich vertieft. Wenn z. B. in einem soliden Geschäft eine Nähmaschine gekauft wird, die bei Abzahlungsraten etwas mehr kostet, als bei Barzahlung, so wird man darin noch keine Uebervorteilung sehen können, wenn man bedenkt, daß die Raten in ganz kleinen Beträgen eingezogen werden; wenn aber oftmals Gegenstände gekauft werden, für die im Arbeiterhaushalt so gut wie keine Verwendung ist, so bedeutet das allerdings einen Schaden, der eine ganze Familie zurückbringen kann.

Daß die Preise der Abzahlungsengeschäfte enorm hohe sein müssen, liegt in der Natur der Sache. Die Abzahlungsengeschäfte haben riesige Verwaltungskosten, denn alle die kleinen Beträge müssen einzeln von den Kunden abgeholt und verbucht werden. Ferner müssen kolossale Abschreibungen für nicht zahlungsfähige oder nicht zahlungswillige Kunden gemacht werden. Alle dadurch entstehenden Kosten, Ausfälle und Spesen muß natürlich der solide Kunde mitbezahlen.

Sterbetafel.

Soppede-Wontrkirchen. Unter Kollege Clemens Nagel starb am 2. August infolge Rippenfellentzündung.

Braunschweig. Am 22. August starb unser Kollege Karl Kaufmann im 35. Lebensjahre, infolge eines schweren Unfalles. Er wurde von einer Eisenplatte erschlagen.

Sei ihrem Andenken!

Verjammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Verjammlung! Duisburg. Mittwoch, den 14. Sept., abends 1/9 Uhr in Ruhrodt im Konfordiale Vertrauensmännerklub der Ortsverwaltung.

- Duisburg-Großenbaum. Sonntag, den 4. September, morgens 11 Uhr bei Kremerius, Mitgliederversammlung mit Vortrag eines auswärtigen Redners.
Duisburg. Freitag, den 9. Sept., abends punkt 1/2 9 Uhr Mitgliederversammlung bei Rüppers, Wanheimerstr.
Duisburg-Bruchhausen. Sonntag, den 11. September, nachm. 4 Uhr bei Ehardt, Kaiserstr. Mitgliederversammlung Vortrag.
Duisburg-Laar. Sonntag, den 4. Sept., morgens 1/9 Uhr bei Janen Vitalieder-Versammlung mit Vortrag.
Duisburg-Wargloh. Sonntag, den 4. September, nachm. 3 Uhr bei Janichulte Mitgliederversammlung mit Vortrag.
Düsseldorf. (Klempner und Installateure.) Freitag, den 2. September abends 9 Uhr Branchen-Versammlung im Lokale Reuter, Eifelstraße.
Düsseldorf. Sonntag, den 4. September, vorm. 11 Uhr gemeinsame Mitgliederversammlung im Paulushaus, Louisenstraße 24a. Tagesordnung: „Herbsttagung und Jugendfrage“. Am Eingangs ist zur Kontrolle das Mitgliedsbuch vorzuzeigen.
Düsseldorf-Eller. Sonntag, den 11. September, vorm. 11 Uhr Mitgliederversammlung im Lokale Eller, Gumbertstr.
Düsseldorf-Oberkassel. Sonntag, den 11. Sept., vorm. 11 Uhr Mitgliederversammlung im Lokale Vossen, Luegallee.
Düsseldorf-Flügel. Sonntag, den 11. Sept., vorm. 11 Uhr Mitgliederversammlung im Lokale Schmerbach.
Düsseldorf-Derendorf. Sonntag, den 11. Sept., vorm. 11 Uhr Mitgliederversammlung im Lokale Dierling.
Dortmund I. Samstag, den 8. Sept., abends 1/9 Uhr im christlichen Gewerkschaftshaus, Westerblickstr. 62.
Dortmund-Lünen-Westmar. Sonntag, den 4. September, Beteiligung am Gewerkschaftsfest in Werne.
Dortmund-Witten. Sonntag, den 4. Sept., vorm. 11 Uhr Versammlung bei Wiede, Augustastr. Unorganisierte mitbringen.
Dortmund I u. II. Aus Anlaß des Verbundtages des Zentralverbandes der Nahrungsmittelindustrie findet am Sonntag abends 8 Uhr im christlichen Gewerkschaftshaus eine Begrüßungsfeier statt. Die Kollegen werden um zahlr. Beteiligung ersucht.
Essen Kleingewerbe. Samstag, den 3. September abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus.
Essen Steele Strah. Samstag, den 3. September abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Seeborn früher Houting.
Essen-Holsterhausen. Sonntag, den 4. Sept., morgens 11 Uhr Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn Buchner, Hobeisenstraße.
Essen-Vorbeck-Schönebeck. Sonntag den 4. Sept. morgens 11 Uhr Mitgliederversammlung b. Mühlhoff, Germaniastr., Vorbeck.
Essen-Votrop. Sonntag, den 4. Sept., nachm. 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Trogemann, Votrop.
Frankfurt a. M. Samstag, den 10. Sept., abends 9 Uhr im Westendhaus, Langenstraße.
Gelsenkirchen-Neckendorf. Sonntag, den 4. September, nachm. 4 Uhr Versammlung mit Frauen bei Batter.
Gelsenkirchen-(Kleingewerbe.) Mittwoch den 7. Sept. abends 1/9 Uhr im Gefellenhaus.
Gelsenkirchen-Süllen. Dienstag, den 13. Sept., abends 8 1/2 Uhr bei Nachbarschule.
Hagen-Boele. Am 9. September, abends 8 1/2 Uhr bei Schürmann Versammlung. Die Kollegen von Kabel, Boelerfeld und Boele müssen vollständig erscheinen.
Hattungen. Samstag, den 3. September, abends 1/9 Uhr Versammlung bei Haumer.
Heilbronn a. N. Samstag, den 3. Sept., abends 1/9 Uhr Versammlung mit Vortrag im Lokale „Linde“ Weinbergstr. 1. Kollegen ersucht vollständig.
Hort-Wischer. Sonntag, 4. Sept., vormittags 11 Uhr bei Dufing.
Karlsruhe. Samstag, den 3. Sept., abends 1/9 Uhr Versammlung in der Nestl. Seithel, Kaiserallee 27. Vortrag des Bezirksleiter Thelen über die Generalversammlung.
Kempfen, (Rhd). Sonntag, den 4. Sept., nachm. 6 Uhr Versammlung bei Aug. Kasp. Engestr. Sämtliche Kollegen werden mit ihren Damen dringend eingeladen. Unorganisierte sind willkommen.
König-Ludwig. Zehnmittelarbeiter-Versammlung am Samstag, den 10. Sept., abends 1/7 Uhr bei Wm. Klein.
Langendreer. Samstag, den 3. September, abends 8 Uhr Versammlung bei Wiesmann.
Mülheim-Ertrum. Samstag, den 3. September, abends 8 1/2 Uhr im Lokale Joh. Beck Mitgliederversammlung mit Vortrag. Unorganisierte mitbringen.
Mülkingen (Kreis Rees). Sonntag, den 4. Sept., nachm. 1/5 Uhr im Lokale des Herrn Johann Hartmann große christliche Gewerkschaftsversammlung. Hierzu werden alle Arbeiter mit ihren Frauen eingeladen. Redner: Frau Wiebach-Düsseldorf u. Kollege Franzen, Mülheim-Ruhr.
Neuiges. Samstag, den 3. September, abends 8 1/2 Uhr Monatsversammlung bei Johann Espei. Referent: Kollege Seeborn-Sölingen.
Oberhausen-Stertrade. Freitag, den 2. Sept., abends 1/2 7 Uhr im Lokale des Herrn Landscheidt, Hüttenstr., Mitgliederversammlung mit Vortrag.
Oberhausen. Sonntag, den 4. September, nachm. 4 Uhr Versammlung mit Vortrag.
Oelde. Samstag, den 3. Sept., abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Commer. Referent: Kollege Oberbassel.
Recklinghausen. Samstag, den 10. Sept., abds. 1/8 1/2 Uhr Versammlung bei Wirt Bögl, Münsterstr.
Remscheid. Sonntag, den 11. Sept., vorm. 11 Uhr bei Fris Homann.
Stettin. Montag, den 5. Sept., abends 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Schullowsky, Blumenstr. 16.
Stingen (am Hohentwiel). Samstag, den 10. September, Versammlung mit Vortrag. Der Kassierer wohnt jetzt Edehardstraße 36. Unterstützung wird ausbezahlt von 12-1 Uhr mittags und von 6-8 Uhr abends.
Sölingen. Nächste Versammlung mit anschließender Brutenabschiedsfeier am Samstag, den 10. Sept., abends 9 Uhr bei Borghon (neben dem Rathaus). Die Kollegen werden ersucht zu dieser Versammlung ihre Frauen mitzubringen.
Thale i. S. Sonntag, den 4. September, abends 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung mit Vortrag im „Braunen Hirsch“.
Wallau. Sonntag, den 4. September, mittags 1 Uhr gemeinschaftl. Ausflug mit Vortrag. Die Kollegen nebst Familienangehörigen werden dringend ersucht, pünktlich zu erscheinen.